



11. Mai 1995  
Nr. 331

# INTERIM

auswärts  
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2<sup>50</sup> DM



## Vorwort

"Wer die Gegenwart besitzt, der besitzt die Vergangenheit  
- wer die Vergangenheit besitzt, dem gehört die Zukunft."  
Orwell



Mit diesem Zitat beendet die "Autonome Gruppe für die Erlangung der geschichtlichen Hegemonie" ihr Schreiben. Zumindest die mediale Diskussion wurde, neben den Staatsakten von dem "Neuen Rechten"-Aufruf von Rainer Zitelmann beherrscht. - Kampf den deutschen Zuständen - wir hoffen, daß diese AntiFa-Arbeit, auch der Kampf um die Geschichte nicht nach dieser Woche beendet ist. In diesem Zusammenhang können wir unsere Waffen vorzüglich in der "Anti-deutsch"-Diskussion schärfen.

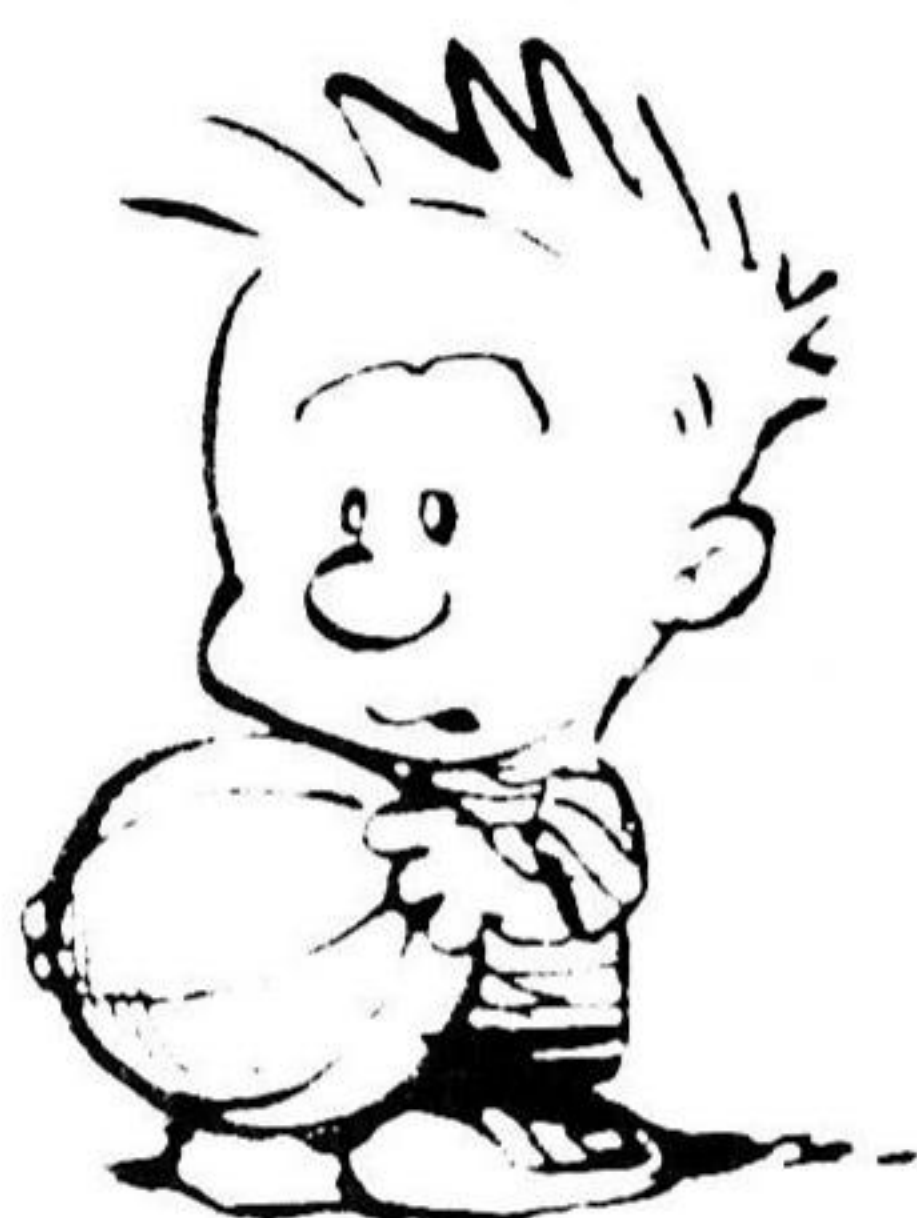
Wir wundern uns, daß nicht mehr konkretes Lob und Kritik zum Kongreß geschrieben wird. Denn zu kritisieren, gibt es bestimmt einiges. Aber ein gutes haben die Autonomen mit

Sicherheit. Jürgen Elsässer macht bei ihnen nicht mit. Wie man eine Zeitung nach der wirtschaftlichen Pleite so schnell in den politischen Ruin treiben kann ist imposant und zeugt von einem arroganten Nullchecker (gute konkret-Schule).

An den, der nicht zur Gedenkveranstaltung gelassen wurde: Klär das mit dem EA und laß sie was schreiben.

Und zum 331. Mal, doch dieses mal ernst:  
montags Redaktionsschluß - dienstags keine Chance!

NA PRIMA ICH BIN GELIEFERT



### Impressum

#### Herausgeberin:

Interim e. V.  
Gnrsenastr. 2a  
1000 Berlin 61

#### Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

#### Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

#### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.

"Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



### I N H A L T :

- 3 keine Versöhnung
- 4 militante Geschichtsstunde
- 5 Bericht vom 7. Mai  
Brief an JRE
- 6 Antideutschtum als Sackgasse
- 9 Walpurgisnacht
- 11 drei Texte zu Droste
- 14 Kongresskritik
- 15 Veganismusdebatte
- 21 alltägl. Rassismus
- 23 ARI Veranstaltung
- 24 Demo in Wurzen
- 26 Bericht über die Rhinstr.
- 28 Demoaufruf zur Innenministerkonferenz
- 30 Termine
- 31 Wort zum Donnerstag

### O R D N E R :

- offener Brief von HG ans Wohngeldamt
- Gorleben ist überall
- der Feind steht links  
Artikel aus dem "TATblatt"
- Udo an Mäuserich
- zur sog. "Antinationalen" Politik; HH KommunistInnen





# **Keine Versöhnung mit der TäterInnennation**

Berlin, den 8. Mai 1995

## **Presseerklärung**

Wir haben heute den ökumenischen 'Versöhnungsgottesdienst' in der Berliner St. Marien Kirche gestört. Dieser Gottesdienst in Anwesenheit staatlicher und kirchlicher Honoratioren ist zentraler Bestandteil der Feiern zum 50. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs. Die aufgeblähten Feierlichkeiten stellen das vorläufige Ende einer Kampagne dar, Deutschland als geläuterte Nation zu präsentieren.

Mit dem 8. Mai 1995 wird Deutschland endgültig die Fesseln seiner nationalsozialistischen Vergangenheit abstreifen und sich in den Kreis der Siegemationen einreihen. Das heutige Deutschland behauptet, aus seiner Geschichte gelernt zu haben. Die Verbrechen des Nationalsozialismus dienen zur Legitimation der deutschen Führungsrolle in Europa, und zur ideologischen Absicherung des Anspruchs, wieder eine Weltmacht zu sein. Auf der Tagesordnung steht dabei die Durchsetzung der deutschen Kriegsführungsfähigkeit.

Die Anwesenheit der Vertreter der Siegermächte des 2. Weltkriegs beim heutigen Berliner Staatsakt ist Ausdruck der erfolgreichen deutschen Versöhnungsoffensive. Was in Bitburg 1985 über Gräbern von SS-Soldaten begann, fand mit der Einweihung der Neuen Wache 1993 seinen Abschluß: Die Gleichsetzung von deutschen Tätern mit ihren Opfern. Diese Gleichsetzung ist heute selbstverständlicher Bestandteil des nationalen Konsens in Deutschland.

Auf diesen Geschichtsrevisionismus aufbauend, werden nach dem 8. Mai 1995, die 'deutschen Gedenktage' folgen. Der rechtskonservative Aufruf 'Gegen das Vergessen' fand bis in staatstragende Kreise Zustimmung. Die Auseinandersetzung um dessen Unterzeichnung wird nach dem 8. Mai obsolet sein. Es ist abzusehen, daß die deutschen Eliten in Zukunft ihre Zurückhaltung gegenüber solchen Positionen restlos aufgeben werden.

Nachdem das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus absolviert ist, werden sich jetzt die Deutschen als die eigentlichen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft präsentieren.

Die militärische Niederschlagung des Nationalsozialismus war der einzige Weg, ein System zu besiegen, das bis zuletzt von der Zustimmung der Massen getragen wurde. Entscheidende Faktoren, die den Nationalsozialismus zur hegemonialen Ideologie und Herrschaftsform in Deutschland werden ließen, blieben in der BRD allerdings unangetastet. Der völkische Nationalismus, auf dessen Grundlage im Nationalsozialismus die Vernichtung der europäischen Juden möglich wurde, prägt bis heute gesellschaftliche Vorstellungen von Bevölkerung und Eliten in Deutschland. Die Wahnvorstellung einer Abstammungsgemeinschaft der „Deutschen“ war nicht nur Grundlage für die Nürnberger Rassegesetze, sondern drückt sich bis heute im Blutsprinzip des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts aus.

Auch militanter Rassismus und Antisemitismus sind wieder deutsche Normalität. Dies zeigt sich in der Alltäglichkeit von rassistischen und antisemitischen Anschlägen, Abschiebungen von Flüchtlingen in Folter und Tod und der Propagierung von Euthanasie. Zukünftig wird Deutschland auch militärisch seine selbst definierten Interessenssphären absichern. Über 'normale' imperialistische Politik hinaus, könnte sich eine völkische Variante durchsetzen, wenn jemand es wagen sollte, sich der deutschen Machtpolitik zu widersetzen. Dies könnten unter anderem Länder wie Polen, Tschechische Republik oder Rußland zu spüren bekommen, in denen bereits erfolgreich sogenannte 'deutsche Minderheiten' als Vorposten deutscher Interessenwahrung installiert wurden.

Die Rede von der Läuterung Deutschlands ist eine Verhöhnung seiner früheren, heutigen und zukünftigen Opfer!

**„Keine Versöhnung mit der Täternation - Nie wieder Deutschland - Deutschland denken heißt Auschwitz denken“**

Zu Beginn des Gottesdienstes, an dem unter anderen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, teilnahmen, kam es zu einer kurzen Störung, als Demonstranten ein Transparent entfalteten und riefen „Nie wieder Deutschland“ und „Keine Versöhnung mit der Tätergeneration“. Sechs Personen wurden vorläufig festgenommen.

Aktionsgruppe für die Durchsetzung des Morgenthau-Planes



## Militante Geschichtsstunde

**Prolog:** Wir haben in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai einen Brandanschlag auf den "Ehrenkranz" im Lilienthal-Friedhof verübt. Alles weitere s.u..

Daß dieser, zwar große und eher durch seine Unansehnlichkeit ins Auge fallende, aus legiertem Metall als Eichenlaub gefakte Kranz heute Nacht wehrloses, dennoch nicht falsches Opfer einer vorsätzlich entfachten Feuersbrunst wurde, hat Grund und Ursache im unsäglichen Jahr 1815. Der jetzt wahrscheinlich noch unansehnlichere und hoffentlich eingeschmolzene Kranz hat die letzten Jahre außerhalb größerer Aufmerksamkeit sein unästhetisches Dasein in der "Ehrenhalle" des ehemaligen Standortfriedhofes in der Lilienthalstraße gefristet. Bis auf ein alljährlich wiederkehrendes Datum, den 14. November, gemeinhin auch unter dem Begriff Volkstrauertag bekannt, an dem es sich Bundeswehr, Senat und Polizei zwanghaft nicht nehmen lassen, u.a. in die Fußstapfen von SS, SA und Wehrmacht zu treten, um in die zumeist ungestörte Idylle dieses Metallkranzes einzudringen und mittels frischem Grün einem alten Brauch zu genügen.

Doch erst noch ein paar Worte zu den Räumlichkeiten, für den dieser Kranz ursprünglich konzipiert war. Weil "Sieger" nicht nur die Geschichte schreiben, sondern auch das Verlangen haben, unübersehbare Zeichen ihrer Siege zu setzen, gab König Friedrich Wilhelm 1816, ein Jahr nach dem für ihn siegreichen Ende der "Befreiungskriege" gegen die napoleonischen Truppen, den Befehl, ihm ein solches zur Ehre gereichendes Zeichen zu setzen. So plante Schinkel für seinen König die "Neue Wache". Es wurde ein imposantes Siegerdenkmal. Im Giebelrelief führt Victoria einen von zwei antiken Kämpfern zum Sieg. Rechts und links dieses als königliche Wache incl. Arrestlokal errichteten Denkmals nahmen zwei berittene Herren aus Stein Aufstellung, die Militaristen Bülow und Scharnhorst. Doch bis hierhin noch keine Spur von jenem Kranz, um den sich hier ja einiges dreht.

Weil keine Regierung auf Dauer gegen das Volk regieren kann, schubste das revolutionäre selbigen Kaiser und König vom Thron, und so kam es, daß auch die "Neue Wache" als schmucker Aufenthaltsraum der königlichen Wache ihrer Funktion entbunden wurde und fürderhin leer stand.

Anfang 1930 regte ein gewisser Otto Braun, seines Zeichens preußischer sozialdemokratischer (in der Reihenfolge!) Ministerpräsident (das schlechte Gewissen sitzt den Sozis im Nacken) an, aus der "Neuen Wache" ein Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges zu formen.

Zum Zwecke der adäquaten Designfindung wurde ein beschränkter Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem der Architekt Heinrich Tessenow für seinen Entwurf prämiert wurde. 1931 wurde die "Neue Wache" nach Tessenows Plänen umgestaltet, der, daß sei hier angemerkt, mit seinem eigenen Entwurf nicht mehr zufrieden war...

In der Mitte des Raumes drapierte Tessenow, hier ist es, das corpus delicti, den Eichenkranz. Auf einem klobigen, schwarzen Granitsockel pflanzte er den noch klobigeren Kranz aus schwerem Silber, auf dem 235 Eichenblätter befestigt waren. Die Legende besagt, daß das Silber des Kranzes, immerhin 192,5 kg von alten Reichsmünzen und noch abenteuerlicher, das Gold, 6,35 kg, aus österreichischen Goldkronen stammt.

Ein pickelhaubiger Reichspräsident namens Hindenburg weihte das Ehrenmal am 2. Juni 1931 ein. Deutschland hatte sein erstes "Reichsehnenmal".

Wenig später machten die Nazis aus dieser Gedenkstätte auf ihre Weise eine Lokalisation für den "Heldengedenktag" und benutzten die Wache für Aufmärsche und Militärpara-

den. Verstorbene und später natürlich auch die für "Führer und Vaterland" gefallenen Generäle wurden vor der "Neuen Wache" aufgebahrt, auf daß sie hier angemessen beweint werden konnten. Nach dem 8. Mai '45 war es mit diesen Kulthandlungen erstmal vorbei.

Drei Jahre später wurden die Blätter vom Kranz gepflückt, vielleicht weil es einer beherzten Person zuviel dieses unangenehm urdeutschen Metallaubes war, vielleicht auch nur, trotzdem nicht weniger berechtigt, weil sich diese teilweise vergoldeten Blätterchen zu Scheinchen machen ließen.

Mit dem Entfernen der Blätter vom Kranz, soll unsere Aufmerksamkeit nicht weiter der "Neuen Wache" gehören, die diese sehr wohl verdienen würde. Wie oben schon gesagt, schreiben immer die Sieger die Geschichte und so soll es auch nicht verwundern, daß wesentliche Unterschiede im Charakter dieser Gedenkstätte existieren, je nach dem, ob unter vergangenen (realexsoz), oder unter aktuellen politischen Gegebenheiten. "Es gibt keinen Unterschied zwischen Täter und Opfer." Diese Aussage läßt denn die Täter aufatmen und sich ohne geschichtlichen Ballast hochmotiviert den kommenden "Herausforderungen" stellen.

Offenbar waren die vergoldeten Blätter des Kranzes doch nicht gänzlich ohne Schwierigkeiten zu veräußern, und so kam es, daß im März 1960 den Senat von Westberlin ein anonymes Schreiben erreichte, dem ein Gepäckaufbewahrungsschein vom Bahnhof Zoo beilag. Die weihnachtliche Stimmung beim Einlösen des Aufbewahrungsscheines wurde geringfügig getrübt durch die Tatsache, daß nur 187 der 235 entwendeten Blätterchen wieder in den Besitz des Rechtsnachfolgers des Reiches übergingen. Kurz entschlossen wurden diese wieder um ein Kreisrund gesteckt, und da das angestammte Gebäude durch eine Mauer vor dem Zugriff des Senats mittlerweile sicher war, das gesamte Arrangement am Volkstrauertag 1966 in die Ehrenhalle des Standortfriedhofes Lilienthalstraße verbracht. Dort liegt - besser lag es bis heute Nacht.

Um den Zusammenhang zum 8. Mai zu verdeutlichen, hier ein Zitat aus dem Aufruf zur autonomen **Demonstration am 8. Mai, um 15.30 Uhr am Nollendorfplatz:** *"Nach 1945 hat der Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus Verdrängung bedeutet. Jede Erinnerung wurde als Störung im Versuch, zur Tagesordnung überzugehen, empfunden. Die Auseinandersetzung um die Gestaltung der Gedenkstätten an die Massenmorde des NS-Deutschlands offenbart, wie heute mit dem Nationalsozialismus umgegangen wird. Der Kniefall von Kohl und Reagan vor den Gräbern von SS-Soldaten in Bitburg hat ein Kapitel in der deutschen Geschichtsschreibung begonnen, das die TäterInnen des Vernichtungskrieges und der Shoa zu Opfern wandelt."*

Wer die Gegenwart besitzt, der besitzt die Vergangenheit -  
wer die Vergangenheit besitzt, dem gehört die Zukunft  
(Orwell, 1984)

**Gegen die Umdefinierung der Geschichte -  
Für die sofortige Schließung der Neuen Wache!**

**Liebe Grüße, an die drei zum Abtauchen Gezwungenen  
Autonome Gruppe für die Erlangung der geschichtlichen  
Hegemonie**



## Bericht von der Demo am 7.Mai

Hier nur ein kurzer Bericht über die Friedensbündnis-Demo am 7. Mai 95, die vom Alex durch das Scheunenviertel zum Marx-Engels-Platz führte.

Allen Unkenrufen zum Trotz (ein verdienter Genosse fragte mich noch auf dem Alex, wo ich ihn zufällig traf, ob ich denn ernsthaft auf DIESE Demo wolle) ging ich mit einem Freund dorthin in der Hoffnung, bis zur Neuen Wache zu kommen, wo schon mal so viele Leute kommen würden (war später leider nicht drin).

Das ganze Palaver im Vorfeld hat mich nicht interessiert, also die Abgrenzungen zwischen den OrganisatorInnen der drei 8.Mai-Demos in Berlin. Ich fand das eher kontraproduktiv gegen mein Bestreben, am 8.Mai als geschlossene Kraft gegen die neofaschistische Formierung aufzutreten. Ist aber auch eher eine Vorstellung, da ich mich an keiner der Vorbereitungen beteiligt habe. Ich beschloß, auf alle drei Demos zu gehen und hoffte da auf viele Gleichgesinnte.

Nachdem die antinationale Demo aus mehreren, im Ergebnis unwichtigen Gründen, nichts an Entschlossenheit vermitteln konnte (wozu ja eigentlich demonstriert wird, oder es ist sowieso papp), was ein passender Gegensatz zum ideologisch-intellektuellen Habitus einiger Köpfe dort ist (die Referate auf dem späteren Antinationalen-Kongreß waren zur Hälfte aufgeblasene Theoriegebilde, die auch weitere Teile der ZuhörerInnen bewußt in Unkenntnis hielten - womit ich nichts gegen notwendige Theorie, aber was gegen didaktische Nullen sage) n a c h d e m also ging ich zu dieser "Revi"-Demo.

Erstens waren schön viele Leute da. Zum Zweiten wurde auf dem Alex beim Ankommen gefilzt, was mich verwunderte. Als die Demo losging, sahen wir schon überall Bullen, die nach 500m neben dem Block der KurdInnen mehrreihig und beidseitig Spalier bildeten. Kurz darauf, Rosenthaler/ Ecke Sophienstr. drängten die Bullen das erste Mal in die Demo und versuchten, einzelne KurdInnen herauszugreifen. Wir zwei und viele andere aus der Demo (und zwar quer durch alle Spektren und Altersklassen) beschlossen ab da, in der Nähe des kurdischen Blocks zu bleiben. Ab da lief es klassisch, nur öfter: alle paar Meter kloppten und zerrten die Bullen immer brutaler an KurdInnen herum, und es wurde deutlich, daß es ihnen darum geht, an diesem Tag möglichst viele KurdInnen zusammenzuschlagen, festzunehmen und ihnen Prozesse anzuhängen, Abschiebungen zu provozieren. Also KurdInnen auch hier zu verfolgen.

Jedenfalls haben das alle gedacht, scheint mir, was dazu geführt hat, daß die Bullen stets entschlossen zurückgedrängt wurden, und zwar von KurdInnen und Deutschen und wohl auch von Leuten anderer "Nation" oder "Nicht-Nation". Die Bullen wurden korrekt gehauen und beschimpft und vollgequatscht, der kurdische Block nach Kräften unterstützt, und zwar von der gesamten Demo. In realer Gefahr waren dabei keine Deutschen! Die Bullen forderten des öfteren vom Rande her, daß wir doch gehen sollten "aus dem Gedränge hier".

Das absolut schweinische und dreiste Agieren der Bullen konnte stark gebremst werden. Die Erfahrung dieser Demo war ein solidarisches Handeln, was nicht verhindert, daß 19 Leute festgenommen und viele leicht, manche sehr derb verletzt wurden. Die schlechte Erfahrung anderer Bündnis-Demos erschien einer/m hier als Blödsinn.

Später in den Beiträgen auf der Abschlussskundgebung (die ständigen Angriffe der Bullen liefen weiter) wurde sich mit dem Befreiungskampf der KurdInnen verbal solidarisiert, praktisch wurde dazu aufgefordert, sie vor den Bullen zu schützen. Die Praxis auf der Demo setzte sich hier fort. Dies geschah bewußt und gibt die Freude, Geschlossenheit für eine richtige Sache zu spüren, statt sich in kleinen Fürstentümern zu produzieren.

Viele Grüße, euer Fettsack

P.S. : Ich interessiere mich für Berichte Anderer, aber bitte knapp!

# Freiheit für Benjamin Ramos Vega!

Keine Auslieferung  
an den Folterstaat  
Spanien!



2/95

Außerdem: Vorwärts zu neuen Taten - Der Beitrag der BRD-Justiz zum 8. Mai+++  
Prozeß gegen Birgit Hogefeld +++ Deutschland und die ganze Welt - Entwurf für  
ein neues BKA-Gesetz +++ Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

**ROTE HILFE e.V.**

für 2,50 DM in guten Buch- und  
Infoläden und bei Ortsgruppen  
oder für 4,- DM in Briefmarken bei  
Postfach 6444  
24125 Kiel  
Tel. + Fax (0431)7514

**DIE  
ROTE  
HILFE**

## Offener Brief an die „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE)

Liebe Leute,

Wir sind sauer auf Euch.

Während der Abschlussskundgebung Eurer Demonstration gegen den „Ha-Ra-Kiri“-Laden, der faschistische Propaganda und faschistische Kultur verbreitet, am Samstag, den 22. April 1995 wurde von Euch in einem Redebeitrag behauptet, der Brandanschlag im Januar auf den „Eine-Welt-Laden“ in der Wichertstraße sei vom „Ha-Ra-Kiri“ ausgegangen.

**Es gibt keinerlei Beweise oder Indizien dafür, daß die Leute vom „Ha-Ra-Kiri“ oder deren Umfeld etwas mit dem Brandanschlag zu tun haben, dies ist eine haltlose und unbewiesene Behauptung.**

Wer den Brandanschlag tatsächlich verübt hat, ist bis heute unbekannt. Die Tatsache, daß auch der Eine-Welt-Laden in der Wichertstraße in der von der „Anti-Antifa“ herausgegebenen Broschüre „Einblick“ als potentielles Angriffsziel aufgelistet ist, legt ebenso wie die Aktivitäten zahlreicher Faschisten im Kiez die Vermutung nahe, daß die Täter dort zu suchen sind. **Vermutung und Gewißheit sind aber zweierlei Dinge.**

Wir möchten Euch deshalb öffentlich auffordern, diese Behauptung, der Brandanschlag sei ein Werk des „Ha-Ra-Kiri“, nicht mehr zu verbreiten.

Anderenfalls besteht nämlich die Gefahr, das in der Öffentlichkeit und bei vielen Menschen der Eindruck entsteht, wir wären diejenigen, die diese haltlose und unbewiesene Behauptung in die Welt gesetzt hätten.

Die berechtigten Zweifel an der politischen Glaubwürdigkeit von Menschen, die mit derartigen Unterstellungen Politik machen, würden uns und unserem Projekt schaden.

Das kann doch eigentlich auch nicht Eurer Interesse sein, oder?

Wir haben jedenfalls andere Vorstellungen davon, wie antifaschistische Politik und antifaschistische Solidarität auszusehen haben.

Die Leute aus dem BAOBAB-Infoladen



## »Antideutschtum« als Sackgasse

1. Daß sich eine solche Strömung wie die sog. »Antideutschen« als Teil der »Antinationalen« (1) innerhalb der linksradikalen Bewegung herausgebildet hat, sagt viel über den Verfall linker Theorie und Praxis aus. »Antideutschtum« als linke Strategie steht für die **R e g r e s s i o n i n n e r h a l b d e r antiautoritären/linksradikalen (Rest-)Bewegung.**

Eine Ablehnung des Nationalismus war in der undogmatischen, autonomen Linken von jeher eine Selbstverständlichkeit; die letzten Reste des leninistischen Glaubens an eine nationale Befreiung konsequent zu bekämpfen - darin liegt das Verdienst der »Antinationalen« (2). Dies gelingt anscheinend nicht ohne die identitätsstiftende Abgrenzung gegenüber Autonomen. Denn die Solidarität mit Aufständen - wie beispielsweise der Intifada in Palästina - war niemals der Begeisterung für eine wie auch immer geartete nationale Befreiung geschuldet. Vielmehr verbanden die meisten undogmatischen Linksradikalen und Autonomen, mit diesen Erhebungen die Hoffnung, sie hätten Ausstrahlungskraft auf eine ganze Region, könnten somit die Verhältnisse ins Tanzen bringen und gerade die nationale Perspektivierung überwinden. Ausgangs- und Bezugspunkt waren die Kämpfe der Frauen, Jugendlichen, landlosen BäuerInnen und (Bauern-)ArbeiterInnen (und deren Motivationen).

Und für das »eigene« verhaßte Land galt und gilt unverändert die Slime-Parole: »Deutschland muß sterben, damit wir leben können«.

Ein Pfeiler des »antinationalen« Glaubens ist der Irrtum, autonome Politik zielt auf die Gewinnung von »Massen«. Doch die Leute dort abzuholen, wo sie momentan stehen, sollte tatsächlich lieber den öffentlichen Verkehrsmitteln überlassen werden.

Sehr wohl aber wollte ich an dem Bezug auf die Klasse festhalten - und dies natürlich im globalen Maßstab und in ihrer Inhomogenität. Die »Antideutschen« seien daher auch an dieser Stelle auf die autonomen Diskussionen hingewiesen, die zuletzt breit in der Anti-IWF-Mobilisierung 88 geführt wurden: radikale Feministinnen kritisierten die Begrifflichkeit »Klasse«, weil Macht- und Ausbeutungsstrukturen (wie eben das Patriarchat), die quer zum Klasse-Kapital-Verhältnis verlaufen, damit ausgeblendet werden.

Auch das imperialistische Gefälle und die daraus erwachsende relative Privilegiertheit der Klasse im Herzen der kapitalistischen Akkumulation - die trotz der Globalisierung des Kapitals bestehen bleibt - sind in linksradikalen Diskussionen nichts neues.

Ebenso in Hinsicht der Analyse der Formierung des europäischen Großraums unter Führung des vereinigten Deutschlands waren wir einmal weiter, als die falsche Parallelisierung durch die Sonderwegtheorie, die die »Antideutschen« sich zusammenkonstruieren. Für die EG-Großraumordnung werden jedoch die Vorgaben von Carl Schmitt - im Gegensatz zu den Vermutungen im antinationalen/antideutschen Berliner Aufruf - wirklich recht unerheblich sein (was die EU nicht besser macht).

Am deutlichsten zeigt sich jedoch die analytische Verwahrlosung der »antideutschen« Linken in dem **Umgang mit der Historie.**

»als ein inhaltliches essential wurde (...) das Bekenntnis zur politik der alliierten festgehalten.« (ak kassiber) Allein in der Sprache zeigt sich die Reflexhaftigkeit dieser angeblich »Antinationalen«, die zutreffender als Negative Nationalisten bezeichnet werden können. Wo die einen mit dem herrschenden Zeitgeist ein Bekenntnis zur deutschen Nation fordern, muß zum Bekenntnis zu (geschichtlich) verfeindeten Nationen aufgerufen werden. Der Feind meines Feindes ist mein Freund - und die Dialektik geht flöten...

Ein Versuch diesen Schritt nachzuvollziehen:

Die »Antinationalen« ziehen theoretisch ihre Kritik des deutschen Nationalismus und ihre Analyse des NS aus der berechtigten Ablehnung der orthodox-marxistischen Faschismus-Analyse, derzufolge die reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals den NS »installierten«.

Damit - so kritisieren die »Antinationalen« ganz zu recht - werde der spezifische Charakter des NS als völkische Massenbewegung, sowie der Antisemitismus als tragende Ideologie ausgeblendet, die Verwobenheit des größten Teils der deutschen Arbeiterklasse mit dem NS geleugnet und der NS-Faschismus als »Kommandounternehmen« (LUPUS-Gruppe) der nazistischen Eliten interpretiert.

Abgesehen davon, daß sich die antiautoritären und undogmatischen Linksradikalen, Autonome und SozialrevolutionärInnen, kaum auf die Geschichte und die Analysen der KPD beziehen (im Gegensatz wohl zum alten KB, aus dem etliche »Antinationalen« und »Antideutsche« stammen), begehen große Teile der »antinationalen Linke« nun den Fehler, den NS nur noch unter dem Blickwinkel der nationalistischen Ideologie und des Völkischen zu betrachten.

Hatten sich die Linken nicht einmal darauf verständigt, den NS immer nach dem Horkheim'schen Gebot »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen« zu analysieren? Das hieße nämlich auch, die aktuelle kapitalistische Formation zu analysieren. Dies steht aber der statischen

Betrachtungsweise, die im antinationalen/antideutschen Berliner Aufruf zu Tage tritt, entgegen. Den völkischen Sonderweg als Konstante in der deutschen Geschichte auszumachen, ohne die innovativen Brüche und Modernisierungsleistungen zu beachten, weist in die falsche Richtung und macht uns blind, die Barbarei frühzeitig zu erkennen, die im Namen des »Fortschritts« begangen wird.

Obwohl in dem antinationalen Zirkular »bahamas« z.T. radikalste Kapitalismus-Kritik vorgenommen wird, spiegelt sich dies in den propagandistischen Aktionen und Aufrufen nicht mehr wieder. So wird eine falsche Akzentuierung vorgenommen, wenn allein die konservativsten PolitikerInnen und ihr feuilletonistischer Anhang ins Blickfeld gerückt wird. So meinen die VerfasserInnen des antinationalen Berliner Aufrufs, Strategien und Bewegungen des Kapitals den Politik-Seiten der FAZ entnehmen zu können.

Vielleicht ist es wahr, daß man sich das, was man von der Rest-Linken zu hören bekommt, nur noch psychologisch erklären kann; so fällt auf, daß die ehemals ökonomistischen KB'ler, die im übrigen überall dort zu finden waren, wo die Massen standen, nach ihrer antinationalen Konvertierung vom Primat der Politik ausgehen und dabei in die Gefahr kommen, ökonomische Entwicklungen analytisch & den Klassenkampf praktisch links (sie würden sagen: rechts) liegen zu lassen.

Die Manier, die Politik der Alliierten vor Kritik »uneingeschränkt in Schutz zu nehmen« und dabei immer auf den »Hauptgegner« zu verweisen, erinnert an ML'er-Politik, derzufolge Kritik nur intern geäußert werden und nicht nach außen dringen dürfe. Es ist bedenklich, wenn der Propaganda wegen die historische Wahrheit umgebogen wird.

So erfahren andere kapitalistische Formationen wie die USA der 30er und 40er Jahre bei einigen »Antideutschen« eine andere, völlig unverständlich positive Bewertung. In diesem (neu)linken Licht wird dann auch so einiges ausgeblendet: der späte Kriegseintritt der USA und die ökonomischen, keinesfalls »antifaschistischen« Gründe des Kriegseintritts, die Tatsache, daß »die herrschenden Kräfte in den USA (...) keine Träne vergossen und keinen Bomber aufgetankt (haben), als drei Millionen polnischer Juden in Auschwitz und Treblinka geschlachtet wurden.« (I. Strobl); oder auch der antikomunistische Kurswechsel der britischen Militärs im Sommer 1944 und Churchills Aussage - mit Blick auf die SU -, daß das falsche Schwein - Hitler - geschlachtet worden wäre, der leidenschaftliche



Antikommunist Sir Arthur Harris – alles kein Thema für die »Antideutschen«. Stattdessen wird letzterem ein zynisches und unhistorisches »do it again!« zugerufen. Auf dem Hintergrund der bereits (von England) aufziehenden Wolken des Kalten Krieges im Jahre 1944 sollte den »Antideutschen« doch folgende Aussage von Valentin Falin (konkret 7/94) über die Bombardements aufgefallen sein:

»Es ging schon seit März (45), eigentlich seit Februar nicht mehr gegen die Nazis. Die massiven Bombardements in dem Teil Deutschlands, der gemäß den Vereinbarungen unter unserer (sowjetischer) Besatzungshoheit stehen würde: Dresden, Berlin, Oranienburg, Nordhausen, Leipzig, Plauen. (...) Die wurden, wie auch einige tschechische Städte, bombardiert, weil dort industrielle Anlagen standen, die in unsere Hände geraten konnten, oder, wie in Dresden, weil es dort Brücken gab. Das ist auch ein Teil des Kalten Krieges, der begonnen hatte...«

Merkwürdig ist auch, daß die Ehrung der SoldatInnen der Roten Armee dem VVN- und DKPisten-Spektrum überlassen wird.

Gerade das undifferenzierte Gerede von »den Alliierten« ignoriert sämtliche Versuche, die unterschiedlichen Motive der einzelnen Länder und deren herrschender Klasse in dieser geschichtlich einmaligen Koalition gegen den NS herauszuarbeiten. Mit Sir Arthur Harris haben sich die »Antideutschen« ausgerechnet einen der antikommunistischsten Vertreter innerhalb der Alliierten

als ideologischen Bündnispartner herausgesucht. Auch die Unterschiede innerhalb der US-amerikanischen herrschenden Klasse ist den »Antideutschen« egal:

Die recht isolierte, antinazistisch motivierte Position Morgenthau aus dem Finanzministerium, dem eine Schar von pro-faschistischen Vertretern des Kapitals gerade auch der Wallstreet entgegenstand: die Allianz von Standard Oil und IG Farben; die Tatsache, daß der Kriegseintritt der USA erst erfolgte, als absehbar wurde, daß die USA die Weltführungsrolle übernehmen könnten und die Vormachtstellung Englands mit einer imperialistischen Pax Americana ablösen könnten; die Tatsache, daß der (auch antifaschistisch begründete) Anti-Isolationismus der Keynesianer des Finanzministeriums spätestens nach 44 und ganz deutlich in der Nachkriegsordnung von Bretton Woods in einen US-amerikanischen imperialistischen Expansionismus transformiert wurde – ist dies den »Antideutschen« überhaupt bekannt oder ignorieren sie diese Punkte ?!

3. Längst wurde der Staat (zwar nicht der »eigene«, sondern der »fremde«) von einigen »Antideutschen« als Bündnispartner (an)erkannt.

Vielleicht ist dies der Grund, warum sich nicht mehr bemüht wird, die verschwiegene Geschichte von Widerstandsgruppen unter dem NS zu entdecken und

sich im Kampf gegen die neuen erdrückenden Verhältnisse anzueignen: Die Edelweißpiraten; die kommunistischen Widerstandsgruppen; die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, die Sabotageaktionen gegen Rüstungsproduktion organisierte (um nur eine der wenigen Gruppen zu nennen); die FluchthelferInnen – die nicht nur den Terror der Gestapo fürchten mußten, sondern auch das Lakaientum und die absolute Ergebenheit der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen sich hatte.

Auch halte ich die Beschäftigung mit den Kämpfen von PartisanInnen und mit den Ghetto-Aufständen für wichtig, um die Lüge der sich nicht wehrenden Opfen zu widerlegen. Doch ist hier auch den Anmerkungen des Verlags Schwarze Risse - Rote Straße zu dem Buch »L'Affiche Rouge« zuzustimmen:

»Wie weit dürfen wir gehen, ohne uns vorwerfen zu müssen, ein Angedenken zu mißbrauchen? Diese Frage stellt sich bei der Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte immer neu, und die Grenze zu dem, was uns nicht zusteht, ist nicht leicht zu ziehen. Einerseits gilt es sich den Mystifikationen von jedweder Seite zu widersetzen, die auch die Geschichtsschreibung des jüdischen Widerstands betreffen; andererseits wäre eine von uns betriebene Auseinandersetzung mit den Biographien dieses Widerstands und deren Aneignungen für theoretische Geschichtskonstruktionen eine Schändung aller, die von der Generation unserer Eltern gefoltet, vergast und verbrannt worden sind.«

Die Aufarbeitung der Geschichte des deutschen Widerstands – und das heißt eben auch die Aufarbeitung des Versagens der KPD, des Nationalismus und Antisemitismus auch innerhalb der KPD – müßte dagegen Priorität haben.

4. Welche Folge das Abstandnehmen der Negativen Nationalisten von linksradikalen Kriterien und die

Neuentdeckung der (im Vergleich zu Deutschland) »besseren Staaten« und Nationen haben kann, wurde während des zweiten Golfkriegs in den negativ nationalistischen Positionen einiger Autoren der Zeitschrift 'konkret' deutlich.

Deutschland hielt sich der »alliierten« Irak-Bombardierungsfaktion fern, einfach aus dem Grund, daß weniger die Golfregion denn Osteuropa zum Hinterhof des damals frisch-vereinten Deutschlands gezählt wurde und die Stimmung für eine deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen noch nicht ausreichend propagandistisch vorbereitet wurde und mit breiterem pazifistisch motiviertem Einspruch gerechnet wurde. In dieser militärischen Enthaltsamkeit, die wohl seit Somalia und spätestens nach der Herzog-Rede ihr Ende hat, wollten die Negativen Nationalisten partout den wieder aufgenommenen Sonderweg Deutschlands entdecken, der gar nicht so verdeckten militärischen

Unterstützung der kriegsführenden USA durch die BRD zum Trotz. Die radikale Anti-Kriegs-Opposition wurde in den pathologischsten Ausführungen als faschistische Wervolgruppen denunziert (W. Pohrt), ein wahrlich phänomenaler Sprung in den intellektuellen Gefechtsstand machend, das US-Fähnchen in der Hand. In der verqueren Logik der bellizistischen Negativen Nationalisten waren die USA obendrein als Beschützer der israelischen Juden in der Golfregion unterwegs.

Auch zukünftig birgt der Negative Nationalismus der vermeintlich »Antinationalen« solche Gefahren. Denn wenn auch nur ein bestimmter Teil der »Antideutschen«, der aufrecht die IV. Reichs-These vertritt, während des Golfkriegs zur staatsverliebten, bellizistischen Front überließ, so ist gerade der »antideutschen« Fraktion der »Antinationalen« eine fundamentale Kritik an Imperialismus und Kapitalismus abhandeln gekommen. Sie wurde dem pragmatischen Kampf gegen deutschen Geschichtsrevisionismus geopfert, bleibt jedoch in propagandistischen Oberflächlichkeiten verhaftet. Sich automatisch in Konflikten, die aus der Logik der imperialistischen Konkurrenz entstehen, auf die Seite der Länder und deren herrschender Klasse zu schlagen, die (vermeintlich oder tatsächlich) gegen BRD-Interessen stehen, ist wahrlich eine geniale linke Strategie für das Jahr 2000....

5. Obwohl die »Antinationalen« Konstrukte wie »Volk« und »Nation« eigentlich auseinandernehmen wollen, reproduzieren die »Antideutschen« sie ständig. Einige Schwierigkeiten bereitet dem »antideutschen« Flügel der »Antinationalen« zu definieren, was denn »deutsch« ist. Kein Wunder, denn Identität läßt sich nur mittels Ausgrenzung erzeugen. Und letztere läßt sich sicherlich besser bekämpfen, ohne das identitätsstiftende Konstrukt mit negativem Vorzeichen zu übernehmen. So ist auch völlig unverständlich, warum mit minus-eins multiplizierte Konstrukte im Falle eines »deutschen Volkes« übernommen werden, wogegen sie z.T. in herzerfrischender Weise bei anderen angeblichen »Völkern« auseinandergenommen werden.

6. Eine Auseinandersetzung mit der Warnung der »Antinationalen« vor dem Spezifikum des deutschen Nationalismus, dem das völkische Prinzip zugrundeliegt, halte ich für außerordentlich wichtig.

Auschwitz muß in der Tat Ausgangspunkt unserer praktischen und theoretischen Überlegungen sein. Weil das spezifische Ineinander-Greifen von Bevölkerungspolitik und industrieller Massenvernichtung, aber auch das »Bündnis zwischen Mob und Kapital« (Hannah Arendt), in dem schließlich auch der Antisemitismus als staatstragende Subjektkonstitution des deutschen Arbeiters zu deuten

ist, der seine materielle Teilhabe am NS-System der Vernichtung und Einbindung einplagt, eben nicht »nur« Geschichte ist, sondern Dreh- und Angelpunkt aktueller Analysen und praktischer Schritte sein muß. Umso wichtiger erscheint es mir, diejenigen – gerade auch proletarischen – Initiativen gegen den NS auch historisch aufzuarbeiten und uns anzueignen. Zum einen mit der Erkenntnis, daß sie absolut marginal waren, zum anderen aber auch mit dem Wissen, daß sie trotzdem die »Volksgemeinschaft« an ihrer totalitären Vervollkommenheit hinderten.

II. Einige Bemerkungen zur »Sonderwegtheorie« der »Antideutschen«:

a) meiner Einschätzung nach werden randständige Tendenzen innerhalb der aktuellen deutschen Außenpolitik (Volkgruppenpolitik) von Seiten der »Antideutschen« maßlos überbewertet. Deutsche Spezifika werden unter Mißachtung historischer Wandlungsprozesse über ihre reale Bedeutung hinaus übertrieben herausgestellt. Gerade von diesem Sonderweg, der nicht nur in die zwei von Deutschland begonnenen Weltkriege führte, sondern eben auch in die »Sackgasse« von zwei verlorenen Kriegen, wollen sich die bundesrepublikanischen Herrschenden eben aus letzteren Grunde lossagen. Sie wollen im »Orchester der großen Demokratie« mitspielen, und der scheinbar so zerknirschte Herzog wird am 8. Mai sehr viel eher die Befreiung der deutschen Geschichte vom Nationalsozialismus feiern als sonst etwas. Gerade die angepeilte imperialistische Normalität sollte bekämpft werden. Oder ist sie den »Antideutschen« nicht bekämpfungswert genug ?!

b) auch das völkische Prinzip, in dem die »Antideutschen« das Spezifikum der deutschen Politik sehen, wird immer mehr zur hohlen Phrase, die sich an der Realität blamiert. Eine deutsche Unterstützung der tschechenischen »nationalen Selbstbestimmung« und ein angebliches Interesse an einer Destabilisierung und »Parzellierung Rußlands« konnte und kann ich z.B. nicht erkennen.

c) die bundesdeutsche Politik gegen MigrantInnen folgt nicht einem wie auch immer geartete »völkischen« Prinzip. Hier ist es wichtig, unterschiedliche Optionen im Auge zu behalten. Die Vorstellung eines »ethnisch reinen« Deutschlands kollidiert sehr wohl mit dem hohen »Zuwanderungsbedarf«, den wissenschaftliche Planungsinstitutionen für die Kapitalverwertungsinteressen in der BRD errechnen. Die ganze modernisierte Form des Rassismus, wie der Multikulturalismus, findet bei den »Antideutschen« kaum eine Beachtung.



d) am unredlichsten finde ich jedoch das Geschwafel von der Re-Nationalsozialisierung. Abgesehen davon, daß der Fehler begangen wird, neue Formen der Wertschöpfung und der Expansion über die platte historische Parallelisierung nicht mehr zu erkennen, zeigt sich darin am deutlichsten die Selbststilisierung der »Antideutschen«. Meinten sie es wirklich ehrlich mit dieser Analyse, mußten sie sich tatsächlich auf den Bahamas befinden oder in sonst einem Exil, oder sie müßten, sollten wir tatsächlich noch Respekt vor diesen Schwätzern haben, einen existenzialistischen bewaffneten Kampf gegen den »neuen NS« führen.

#### 7. »Antideutsche« Kuriositäten und ihre Folgen

I. Die zwei ehemaligen Ökos Thomas Ebermann und Rainer Trampert haben in drei Ausgaben der konkret ihr Plädoyer für bewußtseinsschaffende antinationale und antideutsche Politik ausbreiten können. Dies war anscheinend nicht möglich ohne sämtliche linken Ansätze und Analysen in den Kochtopf »deutschtumelnd und antisemitisch« zu schmeißen. Daß dabei Polemik mit Denunziation verwechselt wird, ist das eigentlich ärgerliche. Angetreten sind die beiden, die »Verwandlung linker Politik in Esoterik« zu kritisieren. Herausgekommen ist eine Giftsuppe, in der u.a. die schärfsten KritikerInnen des lenin'schen Produktivismus, die GenossInnen von den Materialien für einen neuen Antimperialismus, als Nationalbolschewisten denunziert werden. Schlicht und ergreifend, weil die produktive Funktion des Rassismus und Antisemitismus als proletarische subjektive Selbsterfindung, in deren Zug sich Staat und Kapital unterworfen wird, von den beiden Ex-Grünen nicht erkannt wird. Aber was sollte schon von jemandem erwartet werden, der ernsthaft behauptet, in Pogromen wären »Bankangestellte, Literaten, Historiker, Rechtsanwälte, Unternehmer« neben »Proleten mit bepisssten Hosen« wiederzufinden?

Doch der eigentliche Fehler liegt in der Ausgangsfrage von Trampert/Ebermann: »Soziale Frage kontra Antinationalismus, Antirassismus und antideutsches Engagement«. Daß der antirassistische Kampf(3) schon allein aufgrund der rassistisch gestaffelten Arbeitsmärkte & Sozialpolitik der Kern der »sozialen Frage« ist, daß Kommunismus erst dann möglich ist, wenn der Arbeiter nicht mehr deutscher Arbeiter, sondern gar kein Arbeiter mehr sein will, ist doch hoffentlich eine Selbstverständlichkeit. Für »Theoretiker«, die nur deshalb einen »Arbeiterstaat« ablehnen, weil das nötige antinationale, antipatriarchale und antirassistische Bewußtsein fehlt, anscheinend doch nicht... Auffallend ist auch hier wieder die Unredlichkeit im Diskurs, mit der die »Antideutschen« und »Antinationalen« eine Selbstverständlichkeit wie die Ablehnung des Nationalismus zu der linken Strategie erheben.

II. Einer der leidenschaftlichen »Antideutschen«, dem vermeintliche Originalität schon immer wichtiger war als zureichende Analysen, ist Jürgen Elsässer. Außer der zwar völlig richtigen, aber keineswegs neuen Erkenntnis, daß eine Linke eher an Rosa Luxemburg denn an Lenin anknüpfen sollte, hat er noch ganz anderes in petto:

»Solange von einer internationalistischen Arbeiterbewegung weit und breit nichts zu merken ist, ist die 'Balance of Power' der britischen Konservativen das relativ wirksamste Gegengewicht zum wirtschaftlichen, politischen und bald auch militärischen Aggressionskurs der Deutschen in Ost- und Südosteuropa. Man kann nur hoffen, daß die Tories nicht durch irische Nationalisten oder Labour-Laberer daran gehindert werden, die Streitkräfte und Geheimdienste Ihrer Majestät intakt zu halten.« (junge welt 5.Dez.94)

Bemerkenswert ist nicht die unverhohlene Realpolitik und der schöne Reformismus, der schon immer mit dem »Versagen der internationalen Arbeiterklasse« und dem »Ausbleiben der Revolution« begründet wurde, auch nicht, mit welcher Kaltschnäuzigkeit der vermeintlichen Originalität wegen der englischen und nordirischen Linken in die Presse gespußt wird; bemerkenswert ist, daß sich Elsässer mit bestehenden Nationalstaaten und deren nationalistischer Ideologie bestens arrangieren kann, während von ihm der »Kampf um nationale Selbstbestimmung« als »Kannibalenparole« leidenschaftlich bekämpft wird. Ist dies wirklich der »radikalste Kritiker aller Vaterländerei«, wie in konkret 5/95 behauptet?

»Der vernünftige Fremde ist der Verbündete im Kampf gegen die Verrückten zu Hause, seine Einmischung prinzipiell wünschenswert, das Nähere bestimmt der konkrete Einzelfall. (...) die Kommunisten in der PKK hätten von einem Bündnis mit den laizistischen Teilen des türkischen Militärs Besseres zu erwarten als von den Gegnern beider, den Mullahs und Muftis.« (konkret 1/95)

Wem dabei nicht Dan Diners bellizistische Überlegungen während des zweiten Golfkriegs in den Sinn kommen(!):

Ein verfassungsfähiger Diktator, univisualistisch und anti-westlich, wurde in Saddam Hussein wie in Adolf Hitler gesehen, und der rationale, berechenbare, vernünftige Westen und seine Bombardements beklatscht.

Die Rationalität der Marktwirtschaft steht also gegen die anti-moderne, anti-westliche Barbarei. Daß auf Grund dieser Dichotomie ein Toast auf die Fremdherrschaft gesprochen wird, die ökonomisch begründet ist (also »vernünftig« ist!), verwundert nicht. Beflügelt von der okzidentalischen Angst vor »dem Fundamentalismus«, vor dem es Elsässer wahrlich graust, heißt die Parole nicht mehr »Sozialismus oder Barbarei«, sondern »kapitalistischer Status Quo oder Barbarei«.

Dabei fällt jedoch die Erkenntnis unter den Tisch, daß eben das ungleiche Verteilungssystem des Marktes und die Durchsetzung des Kapitalismus verantwortlich ist für die Entstehung scheinbar anti-modernistischer Bewegungen wie für die Dynamik des aktuellen islamischen Fundamentalismus. Die Tatsache, daß Hamas wie die Wohlfahrtspartei Ziekinder des israelischen bzw. türkischen Regimes sind, juckt Elsässer ebenso nicht.

III. Diesem dichotomen Paradigma folgt auch eine weit verbreitete Sichtweise auf den Faschismus bzw. auf den NS. Auf dem Hintergrund der Sonderwegstheorie wird der NS als dem demokratischen Westen feindliches anti-modernes, barbarisches Modell betrachtet. Wobei die Appeasement-Politik und das Münchner Abkommen 1938 eigentlich die Affinität bürgerlich-kapitalistischer und faschistischer Staaten hätte zeigen können. Doch eine dialektische Betrachtungsweise von bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft und NS-Faschismus wird einem Schwarz-Weiß-Bild geopfert, das einem der hundsmiesigen deutschen Geschichtsbücher entsprungen sein könnte. In der Ablehnung dieser Geschichtsbetrachtung ist Robert Kurz Recht zu geben (wenn auch wirklich nur an diesem Punkt!):

»Der demokratische halbe Antifaschismus neigt dazu, den Holocaust von der Logik der warenproduzierenden Moderne abzuheben und in einem äußerlichen, schlechthin »anderen« antidemokratischen Feind der »westlichen Zivilisation« aufgehen zu lassen. Damit fällt er auf das »kulturalistische« Selbstverständnis der Nazi-Ideologie herein, die in Wahrheit selbst ein Moment der bürgerlichen Modernisierungsgeschichte war (vgl. dazu die Arbeiten von Moishe Postone und Zygmunt Baumann).« (konkret 4/95)

#### 8. ...über den 8. Mai hinaus...

Ich halte eine politisch-praktische Verengung auf den »Antinationalismus« für falsch (»Nichtdeutsch-Sein« ist auch kein Programm). Ohne auf altbewährte Verengungen zurückzugreifen, ist sicherlich der Kampf gegen die Arbeitsgesellschaft aktueller denn je.

Im Kampf gegen den Produktivismus erkennen wir, was Slime mit »Deutschland muß sterben, damit wir leben können« meinen. In diesem Kampf erkennen wir täglich das faschistoide Gesicht der Arbeiterklasse, aber wir erkennen auch das verborgene Gesicht der Auflehnung und der Ablehnung der Ausbeutung, die in Teilen der Klasse nach wie vor virulent sind.

Natürlich gilt es - ohne eine Hierarchisierung zu betreiben - auf den unterschiedlichsten Ebenen die aktuelle kapitalistische Formation anzugreifen. Antipatriarchale Kämpfe gegen die neuen Männereliten und ihre Ideologien, das feministische Vorgehen gegen den gesellschaftlichen roll-back werden auf Grund der allgegenwärtigen patriarchalen Gewalt existenziell sein.

Es wird der alltägliche Kampf sein, der den Spielraum für Emanzipation schafft und endlich mal wieder erahnen läßt, was »Kommunismus« heißt. Beispielsweise der Kampf gegen die sozial-hygienische Vertreibungspolitik gegenüber Obdachlosen, in der die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums mit den alten bedrohlichen Sauberkeitsvorstellungen Hand in Hand geht.

Ein zorniger Autonomer

Zur Debatte um Anti-Deutsch/Anti-National wollen wir Euch auf den Artikel »Autonome Probleme mit den Antideutschen - zur Debatte in der Interim« in der aktuellen Nummer der Zeitschrift »Bahamas« aufmerksam machen.

Bis jetzt können die Antinationalen noch identitätsstiftend auf die Autonomen einprägen, wobei ihnen genau dies auch durch viele der Stellungnahmen in der interim verdammt leicht gemacht wurde.

2) Ohne allerdings den Leninismus selbst und den Avangarde-Habitus abzulegen.

3) Und dieser wird von Flüchtlingen nicht abstrakt antirassistisch begründet, sondern sozial-egalitär im Kampf für gleiche Versorgung. Was soll also diese komische Trennung?



# Walpurgisnacht - Prenzlauer Berg, Kollwitzplatz

Am 30. April führte vom Treffpunkt Oranienburger Tor die selbst in den "linken Medien" kaum bis gar nicht beachtete autonome Frauen/Lesben-Demo von Mitte in den Prenzlberg. Etwa 2000 Frauen, große und kleine Hexen, demonstrierten lautstark gegen die gesellschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen, alltägliche Anmache, Bedrohung, das patriarchale Verhalten und Bewußtsein von Typen. Hexe als ein Symbol von selbstbestimmten Frauenleben. Dabei kam es immer wieder zu Angriffen von Männern auf die Demoteilnehmerinnen, krassestes Beispiel die als Faschotreffpunkt bekannte Kneipe "Afrikaner" bzw. "Hexe"(!) in der Kastanienallee, wo vor Ankunft der Demo bereits Kneipengäste mit Hitlergruß provoziert hatten und es bei deren Vorüberziehen zu ganz üblen Angriffen kam, wobei eine Frau etwa durch ein Glas verletzt und ohnmächtig wurde. Vorbei am Kollwitzplatz zog die Demo dann zum Pfefferberg, wo eine große Party starten sollte.

Am Abend warteten dann nicht weniger viele Menschen als in jedem Jahr seit der Wende auf das übliche Walpurgisnachtfeuer mit Tanz und Musik auf dem Kollwitzplatz, inmitten der netten Touri- und Yuppiekneipenlandschaft. Bereits im Vorfeld hatte das Bezirksamt verlauten lassen, aufgrund der Erneuerung der Rasenfläche diesmal kein Feuer dulden zu wollen. Das Grünflächenamt hatte Wassertanks zum Fluten des Platzes aufgefahren, die Bullen, vor Ort mit zwei Hundestaffeln, patrouillierten und provozierten so gut sie konnten. Jeder Versuch ein Feuer zu entfachen wurde unterbunden. Entgegen allen Erwartens hatten sich dann aber gegen 22.45 Uhr erstaunlicherweise mehrere tausend Menschen am und um den Kolle eingefunden. Ein großen Feuer brannte, Kinder und Erwachsene vergnügten sich, lachten, sangen, tranken - ausgelassen und friedlich, wie in jedem Jahr. Gegen 23.00 Uhr geschah dann das Unglaubliche: ohne jede Vorwarnung griffen die Bullen das Fest an und schossen mit Tränengasgranaten und Wasserwerfer in die Menge. Selbst der Spielplatz, auf dem sich noch Kleine befanden, flüchtende Mütter und Väter mit ihren Kindern wurden unter Beschuß genommen. An diesem Punkt war es jedenfalls vorbei. Wer hier mit der Scheiße begonnen hatte war allen klar - und die sollten auch zu recht blutig eins auf die Nase bekommen: Es erfolgte keine heillose Flucht, kein Lamentieren. Der Bullenangriff wurde augenblicklich und völlig spontan beantwortet. Die Leute schleuderten den anrückenden Wannen massenhaft Steine und Flaschen entgegen, stellten sich vor die Räumpanzer, diskutierten mit den Bullen, initiierten Sitzblockaden. Rund um den Platz entstanden Barrikaden, an deren Bau und Verteidigung sich selbst vermeintliche Normalos beteiligten, die außer sich vor Wut über den völlig unbegründeten Einsatz der Bullen waren. Es herrschte eine ungemeine Solidarität und Unterstützung untereinander, sich gegenseitig zu helfen und im gemeinsamen Widerstand die Bullen aus dem Kiez zu vertreiben.

Die Reaktionen der Kneipen reichten von praktischer Hilfe bis zum Rausschmiß Geflüchteter, wie durch das "Santiago" und "1900".

Immer wieder umkreisten Räumpanzer, Wasserwerfer und Wannen den Kolle, wurden ununterbrochen dann auch mit Leuchtspur angegriffen, Versuche der Bullen, abzusitzen lange Zeit vereitelt. Erst gegen 1.30 Uhr gelang es ihnen, größere Gruppen abzuspalten und durch Sperriegel in die Seitenstraßen abzudrängen. Dabei gingen die Bullen immer wieder äußerst brutal selbst gegen CafebesucherInnen und ältere AnwohnerInnen vor. So endeten die stundenlangen Straßenschlachten denn auch erst gegen 4.30 Uhr. Der Verlauf dieser gestörten Walpurgisnachtsfeier war in verschiedenen Punkten bemerkenswert: sämtliche Beteiligten waren völlig überrascht von der sich entwickelten Situationsdynamik. Niemand hatte mit Krawall gerechnet, aber nach dem Bullenangriff war eine Stimmung entstanden, die später Volxfestcharakter annahm und wo allen klar war "he, das Teil ist in Ordnung, das lassen wir uns von den Bullen nicht bieten" und eine positive Stimmung und Akzeptanz für die vielfältigen Aktionen rüberkam. Der Charakter eines kleinen Kiezaufstands - "junge StudentInnen warfen stolz das erste Mal Steine, Bürger halfen beim Barrikadenbau, viele erlebten ihr politisches coming-out".

Was dann am 1. Mai erfolgte, kann als logische Konsequenz aus den Ereignissen der Vornacht gewertet werden. Ansonsten wäre es wohl auch nie zu einer neuerlichen Straßenschlacht in fast den selben Straßenzügen gekommen: Eine nette Randalie von 800 - 1000 Leuten, die zeigt, wie groß die Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse in diesem Scheißsystem, dieser Metropole sind. Es muß aber deutlich der Unterschied zwischen dem 30.4. und dem 1.5. betont werden, die Basis vom Sonntag war so nicht gegeben, die Aktionen waren viel härter, organisierter - aber eben nicht jenes feeling, jene Gerechtigkeit und Zustimmung des Walpurgisnachtsaufstands am Kollwitzplatz, Prenzlauer Berg. Es war



Es sei daran erinnert, daß die Umstrukturierung dieses Stadtteils weit voranschreitet. Die Krawalle vom Wochenende waren eine klasse, berechtigte Sache. Aber niemand sollte meinen, weils im Osten brodet, hier seine macker-militante action-wiese gefunden zu haben. Es gibt viel wichtigere Dinge zu tun, in einer anderen Wirklichkeit, anderen Dimensionen: die Leerstands/ Spekulationssituation ist prekär. Exakt vier Wochen vor der Walpurgisnacht wurden im Rahmen einer Leerstandsdemo drei Häuser im Kiez besetzt und von den Bullen sofort wieder geräumt. Es ist wichtig, daß sich die Leute, die hier in den Kiez kommen, mit der Geschichte auseinandersetzen, Ost-und-West nicht versuchen, einander zu dominieren, sondern - vielleicht eine ost-spezifische Gabe - einander zuzuhören, ins Gespräch zu kommen, von- und miteinander zu lernen. Und das heißt vielleicht auch die Erprobung anderer, neuer Konzepte im Kiez, mit dem Kiez, für eine herrschaftsfreie Gesellschaft und ein aufregendes Leben: heute, hier und jetzt.



## Gegen die reaktionäre Politik

## Gegen die sexualisierte Gewalt in der Linken

## Drei Texte zu W. Droste und der Kampagne "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"

Gegen die reaktionäre Politik gegen sexualisierte Gewalt in der Linken (auch Du, Droste, auf's Maul!)

Wir haben uns entschlossen, uns aktiv in die Diskussion um den sexuellen Mißbrauch einzumischen. Uns stört, daß sich die Auseinandersetzungen in der linken Szene nicht an den Betroffenen/Überlebenden orientieren. Die Aussagen der Betroffenen/Überlebenden werden als unglaubwürdig dargestellt und zur Entlastung und zum Schutz der Täter(innen) werden immer neue (bzw. alte) Strategien verwendet. In der letzten Zeit traten vermehrt in linken Veröffentlichungen Positionen auf, die die gesellschaftliche Bedeutung des sexuellen Mißbrauchs verharmlosen und die Betroffenen/Überlebenden diffamieren. Dies geschah in der jungen Welt vom 2. und 4. und 6. Mai, in der TAZ am 5. Mai, im Vorwort der FrühjahrsBeute.

Um unsere Aussagen verständlicher zu machen und endlich mal von dem polemischen Diskusstil von Leuten wie Droste, Wolf und Rutschky wegzukommen, werden wir an dieser Stelle in der öffentlichen Diskussion verwandte Begrifflichkeiten näher erläutern.

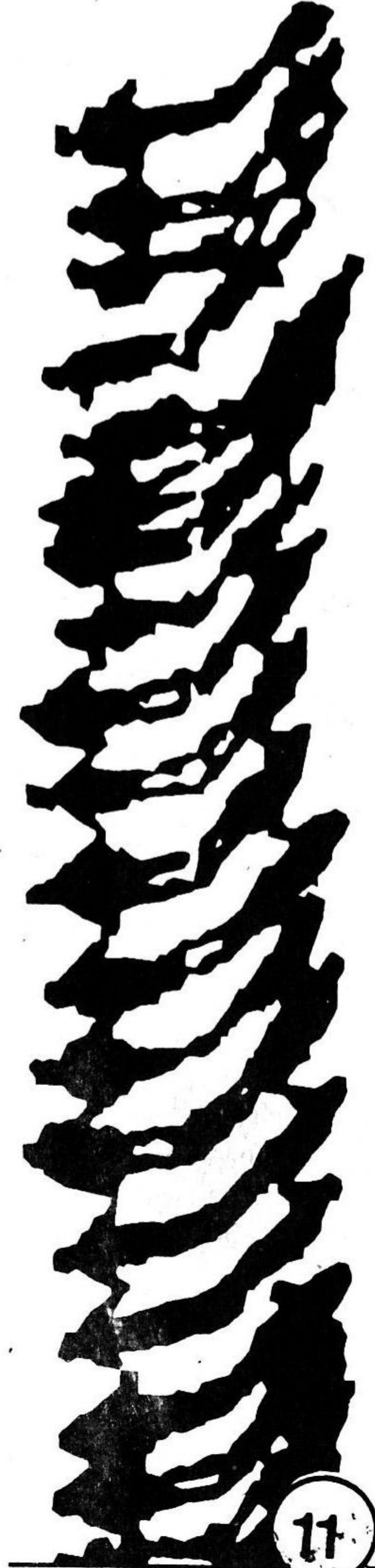
Wir versuchen, Begriffe zu erklären, um dadurch ein Aneinander-vorbeireden wegen unterschiedlichen Interpretationen zu vermeiden. Diese Erläuterungen haben wir hauptsächlich aus den Büchern „Die dunkle Seite der Kindheit“, Dirk Bange, Volksblattverlag, Köln 1992 und „Sexueller Mißbrauch an Jungen“, Ron van Outsem, Donna Vita 1993, zusammengestellt.

### Mißbrauch:

Wir finden, daß der Begriff „sexueller Mißbrauch“ an Kindern/Jugendlichen in der (öffentlichen) Diskussion nicht zutreffend, bzw. irreführend ist. Das Wort „Mißbrauch“ an Kindern/Jugendlichen beinhaltet, daß sie Objekte sind und es für Erwachsene eine Möglichkeit gibt, Kindern/Jugendliche in einer richtigen Weise zu gebrauchen.

Wir lehnen diesen Begriff ab. Andererseits wissen wir aber, daß dieser Begriff sich in der öffentlichen Diskussion durchgesetzt hat. Wir wollen eine deutlichere Ausdrucksweise, die die Verantwortlichen des Gewaltverhältnisses benennt. Daher verwenden wir lieber das Wort Gewalt statt Mißbrauch.

Das Wort sexual ersetzt wir lieber durch sexualisiert, weil die Gewaltausübung den Charakter des „Mißbrauchs“ ausmacht, und nichts mit der Sexualität der Betroffenen/Überlebenden zu tun hat. Auch wenn die Ausübung der Gewalt die Täter(innen) „anmacht“ und sie es als einen Teil ihrer Sexualität begreifen. ES BLEIBT FÜR DIE BETROFFENEN/ÜBERLEBENDEN TROTZDEM GEWALT!!!!!!!!!!!!!!!



### Sexualisierte Gewalt:

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder/Jugendliche ist jede Sexuelle Handlung, die an oder vor einem Kind oder einem/-r Jugendlichen/-n vorgenommen wird, der das Kind oder die/der Jugendliche aufgrund körperlicher, seelischer, kognitiver und/oder sprachlicher Unterlegenheit durch körperlichem und/oder seelischem Zwang ausgesetzt wird. Seelischer und/oder körperlicher Zwang kann durch körperliche Gewalt, Irreführung, Betäubung mit Rauschmitteln, Bestechung, emotionalem Druck und/oder durch Ausübung eines beziehungsbedingten Übergewichts, etc. ausgeübt werden.

Ein wissenschaftliches Einverständnis der jüngeren Person ist wegen der Machts- und Wissensunterschiede zur erwachsenen Person nicht möglich. Selbst wenn Kinder/Jugendliche die körperliche Bedeutung der Sexualität kennen, heißt dies noch lange nicht, daß sie die soziale Tragweite von sexuellen Beziehungen mit Erwachsenen erfassen können. Kindern/Jugendlichen fehlen aufgrund ihres Entwicklungsstandes und/oder ihrer Unerfahrenheit die Kriterien, um beurteilen zu können, daß die Sexualität der Erwachsenen sie überfordert, erdrückt, bevormundet, ihnen keinen Raum läßt.

Sie haben keine Kenntnis, wie eine solche Beziehung normalerweise abläuft. Sie sind emotional von Erwachsenen abhängig. Ihnen wird durch den alltäglichen Umgang gezeigt, daß sie Erwachsenen zu gehorchen haben. Sie sind zudem von Erwachsenen rechtlich abhängig. Daher besteht zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen ein strukturelles Machtgefälle.

Kindern/Jugendliche können wegen fehlender Kenntnisse und fehlender Macht nicht als gleichberechtigte PartnerInnen sexuelle Kontakte mit Erwachsenen ablehnen oder ihnen zustimmen. Kinder/Jugendliche werden durch die Ausnutzung der Macht und Überlegenheit erwachsener Täter(innen) zu Sexualobjekten degradiert. Demnach ist jeder sexuelle Kontakt zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen sexualisierte Gewalt!!!!



Die Theorie zur sexualisierten Gewalt gegen Kinder/Jugendliche: Pädophilie:

Wir werden in unseren Veröffentlichungen nicht den Begriff „Pädophilie/Pädophile“ verwenden, da er das (sexualisierte) Gewaltverhältnis zu Kindern/Jugendlichen mißachtet und negiert.

Die Bedeutung des Begriffs „Pädophilie/Knabenliebe“ beschönigt, verharmlost und relativiert sexualisierte Gewalt gegen Kinder/Jugendliche. Wir gehen nicht weiter auf die Argumentation dieser Täter(innen)gruppe ein.

Wir finden es zynisch und menschenverachtend im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder/Jugendliche von „Liebe“ zu sprechen, die auf nichts anderes basiert, als einer Machts- und Autoritätshierarchie!

Erwachsene, die sexualisierte Gewalt gegen Kinder/Jugendliche unterstützen, befürworten, praktizieren und/oder verbreiten sind keine „Kinderliebhaber(innen)“!!!

Wir lehnen die Trennung zwischen sogenannten Mißbraucher(innen) und sogenannten Pädophilen ab, da sie in jedem Fall Täter(innen) sind!!!!

Wir wollen damit endlich eine parteiiche Diskussion in der gemischten linken Szene anregen. Das war's für'n Anfang. Heute ist nicht alle Tage, wir veröffentlichen weiter, keine Frage!

Grisolde & Grimmuit

7. Mai 1995



Vor allem Frauengruppen, Selbsthilfegruppen von Betroffenen, des sexuellen Mißbrauchs und vereinzelt Männer aus Männergruppen konnten in letzter Zeit Veranstaltungen des offensiven Sexisten Wiglaf Droste verhindern. Dieser hat sich in den letzten Jahren als linker Vertreter der Wolf Rutschky Kampagne profiliert.

(ihr Inhalt leicht überspitzt: Sexueller Mißbrauch als gesellschaftliches Problem wurde von Feministinnen erfunden um den armen Männern noch eins reinzuwürfen).

So lange er damit allein in der Öffentlichkeitsarbeit relativ erfolgreich war ließen ihn viele Linke Zeitungen allein schreiben, zumal er auch noch zu Antifathemen schrieb. Sie äußerten sich bis vor kurzem noch nicht warum sie einem Sexisten eine Plattform boten (wie z.B. die Beute aus dem ID Verlag, die junge Welt, die Arranca, Blue Moon bei Radio Fritz und noch einige Anarchistische Verlage).

Doch nun als Droste in größere Bedrängnis wegen seiner reaktionären patriotischen Politik gerät treten so manche aus dem Hintergrund hervor: So reagiert die Beute mit Zensurvorfürfen, auf die Kritik, sie unterstützte einen Sexisten, und der Berliner Vertreter des ID-Verlags erklärt, jetzt würde er Droste erst recht unterstützen.

In der letzten Woche bekam Wiglaf Droste massive Hilfe durch die junge Welt(2., 4., und 6. Mai) und TAZ(5.Mai), die sich nicht nur vor Droste als Person stellen, sondern auch seine reaktionären Inhalte teilen und propagieren.

Nun wollte ich noch erklären, was für Auswirkungen die Politik dieser Medien hat und welche Ziele damit von ihnen angestrebt werden.



Doch da fand ich eine sehr gute Zusammenfassung in der Bremer Bambule 58 auf der letzten Seite.

Zitat mit kleinen Änderungen:  
Diese Politik richtet gegen die, die sexuellen Mißbrauch in der Gesellschaft thematisieren wollen und versuchen die Opfer zu unterstützen. Den Überlebenden wird durch die Wolf-Rutschky Droste Kampagne wieder eine Rechtfertigungsrolle aufgezwungen, in der sie dann alles wieder tun müssen, damit ihnen geglaubt wird, in der sie ständig erklären müssen, warum denn der Mißbrauch nun gerade so sehr ihr Lebensmittelpunkt ist.

Es geht den Überlebenden darum ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema öffentlich zu machen und die Ausmaße klar zu machen. Drostes (und er jungen Welt) Bemühungen dieses lächerlich zu machen, kann nur die Folge und das Ziel haben, das Thema aus der Öffentlichkeit zu nehmen und es wieder dorthin gehen zu lassen, wo es her kommt: In die Sprachlosigkeit. Deshalb ist wichtig WigiJaf Drostes (und die jWJ), so lange sie mit derartigen Inhalten um sich schmeißen, zu bekämpfen.

Szene.  
Welt in der  
junge Welt in der  
gezeigt und engagiert  
Frage, was die  
Nationalismus und Kapital, doch  
Zeit oft  
Haupt und  
Nationalismus, wohl wieder  
Rassismus, es  
Genossen.  
belassen.  
Nebenwiderspruch  
dann



Da ich manchmal die Theorie der Dominanzkultur als eine gute Erklärung der gesellschaftlichen Struktur hier sehe, erscheint mir die Politik der jungen Welt durch ihren patriarchalen Ansatz insgesamt unglauwürdig. Sie erinnert mich mehr an die Theorien verschiedener K-Gruppen mit erweitertem Hauptwiderspruch, doch insgesamt reaktionär.

Für Veranstaltungen, für die Antisexistisch nicht doch nur eine Phrase ist, oder für welche, die schon mal was von tripple Oppression gehört haben dürfte die junge Welt und Droste wohl keine nicht politische Verbündete sein. Wohl eher auf der Ebene der TAZ stehen.

Für alle die vom sexuellen Mißbrauch betroffen sind ist diese verstärkte reaktionäre linke Politik ein Schlag ins Gesicht.

Wobei es Wenig Trost ist, daß sich der linke Chauvinismus hierbei weiter hinter Droste versteckt. Mir wird auch immer klarer warum so viele Linke zu Themen wie Sexuellem Mißbrauch und Vergewaltigung keine Meinung äußerten. Es gab genug Sexisten, die für sie redeten. Doch nun verteidigen und erweitern immer mehr durch antifeministische Positionen ihre Privilegien. Ich warte gespannt, wer noch alles folgt.

Micha



## Wider die Arroganz der Macht

Eine Antwort auf das letzte Beutevorwort und die etwas späte Begründung zur Absage einer Veranstaltung.

Im Januar dieses Jahres hatten wir vom Infoladen Daneben eine Veranstaltung mit einem Redakteur der Beute geplant, in der es unter anderem über das Zeitungsprojekt die Beute gehen sollte. Wir sagten diese Veranstaltung kurzfristig ab. Der Anlaß war eine Veröffentlichung von Wiglaf Droste in der ersten Ausgabe der Beute, die Gründe sind vielfältiger.

Wiglaf Droste hat sich in der Vergangenheit immer wieder damit hervorgeraten, feministische Positionen bzw. Organisationen anzugreifen. So in letzter Zeit verstärkt im Rahmen der von Katharina Rutschky und Wolfgang Wolff eingeleiteten Kampagne "Erregte Aufklärung - der Mißbrauch mit dem Mißbrauch". Hierbei geht es ihm nicht darum, konstruktiv in eine politische Diskussion einzusteigen, sondern im zynischen Boulevardpresse-Stil Stimmung zu machen und zu denunzieren. Gestützt wird er dabei von einem Teil der "linksradikalen Szene", welcher nicht bereit ist, patriarchale Machtpositionen zu hinterfragen bzw. diese offensiv verteidigt.

Wir versuchten in Vorbereitungsgesprächen das Verhältnis der Beute zu Wiglaf Droste zu thematisieren und stießen dabei hauptsächlich auf Unverständnis und Abwehr. Die Rolle, die Droste in der Diskussion über sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen spielt, wurde zwar kritisiert, aber für unwichtig erklärt bzw. die gesamte Kampagne "der Mißbrauch mit dem Mißbrauch" nicht besonders ernst genommen.

Kritisiert wurde eher eine Szene, die Leute wie Wiglaf Droste ausgrenzen würde. Die Diskussion endete mit der Ankündigung, Droste, wenn er "gute" Texte schreiben würde, weiter zu veröffentlichen.

Genau das stinkt uns. Politische Diskussionen, wie die um sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen, werden nicht ernst genommen, ihnen wird gesellschaftliche Relevanz abgesprochen, sie werden vermeintlich wichtigeren Themen hintenangestellt und zum Teil unterlaufen.

Menschen, die konsequent gegen Sexisten vorgehen, werden kritisiert, teilweise mit dem Faschismus- bzw. Totalitarismusvorwurf belegt.

Im Ladenkollektiv gab es keinen Konsens mehr, in welchem Rahmen die geplante Veranstaltung für uns noch durchführbar gewesen wäre. Die meisten wollten mit dem Hintergrund keine Werbung für die Beute machen, was mit dieser Veranstaltung zweifellos der Fall gewesen wäre.

Wir sagten ab, wollten aber weiterhin die Diskussion mit der Beute führen und unser Vorgehen begründen. Zu einem von uns angeleiteten Gesprächstermin erschienen jedoch niemand. Stattdessen reagierte die Beute in dem Vorwort ihrer Frühjahrsausgabe auf die Absage; einer Diskussion über sexuelle Gewalt, über "Mißbrauch mit dem Mißbrauch" etc. wird darin jedoch polemisch aus dem Wege gegangen.

Wir werden aufgrund unser Politik mit dem Kommunistenjäger Mc Carthy verglichen, uns wird unterstellt, wir wären an bloßen Abgrenzungs-erklärungen interessiert, und anstatt in irgendeiner Form Stellung zu Wiglaf Droste zu beziehen, wird einzig und allein beschrieen, daß eben jener Herr Droste nicht besonders gut auf die Beute zu sprechen ist. Was soll das?

Für uns gilt weiterhin, daß Leuten wie Wiglaf Droste, die einen offenen und politischen Umgang mit Themen wie sexueller Gewalt immer

wieder lächerlich machen und offensiv ablehnen, nichts in einer linksradikalen Szene zu suchen haben. Keinen Raum in Zeitungen, Zeitschriften etc. kriegen dürfen.

Uns geht es mit diesem Text allerdings nicht darum, die Diskussion einzig und allein entlang von Einzelpersonen wie Droste und Projekten wie der Beute zu führen. Diese haben eher beispielhaften Charakter für eine Szene, die sexuelle Gewalt, Sexismus und Patriarchat häufig gar nicht oder nur nebensächlich behandelt, die nicht kapieren will, daß patriarchale Strukturen auch die Grundlage für unsere Beziehungen, für unsere Politik ist; und somit auch unsere Politik antipatriarchalen Positionen entgegenarbeitet.

Wir, als Ladenkollektiv oder Einzelpersonen, haben selber immer wieder genug Probleme damit, diese Strukturen zu erkennen, und finden häufig keinen Umgang damit. Das zu leugnen wäre fatal. Wer aber diese Gesellschaft verändern will, muß sich diesen Widersprüchen aussetzen und sie bearbeiten.

Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen ist ein Produkt dieser patriarchalen Gesellschaft und zugleich ein brutales gewaltsames Mittel, diese immer wieder zu reproduzieren, zu verfestigen. Es gibt bisher nur wenige Menschen - zumeist Frauen - und Organisationen, die dieses Thema aufgreifen und offensiv gesellschaftskritisch in die Diskussion tragen. Hierbei wird versucht, zusammen mit und "im Sinne" der Opfer sexueller Gewalt zu handeln, ihnen praktisch die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen und subjektiven Positionen als Unterdrückte in einem Herrschaftsverhältnis in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

Es geht dabei nicht darum "objektive Kriterien" durch subjektive Positionen zu ersetzen. Vielmehr soll der als objektiv kaschierten Subjektivität des herrschenden Diskurses (gemeint ist in diesem Fall die von Männern bzw. Erwachsenen) eine andere Subjektivität, die der Opfer sexueller Gewalt, die der Mädchen und Jungen, entgegengestellt werden.

Erst nachdem Organisationen wie Wildwasser u.a. mit diesem Konzept ihre Arbeit aufgenommen haben, gibt es die Diskussion über sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in der Öffentlichkeit. Gerade dieser parteilichen Herangehensweise steht auch ein Großteil der linksradikalen Szene ablehnend gegenüber. Viel zu häufig wird auch bei uns zu viel Wert auf sog. objektive Kriterien gelegt, eine vermeintlich unparteiische seriöse Wissenschaftlichkeit hochgehalten und zum Maßstab aller Dinge gemacht oder aber die eigene Subjektivität in den Vordergrund gestellt, ohne die damit verbundenen Macht- und Herrschaftspositionen gleichzeitig mitzudenken und in Frage zu stellen. Nur darüber ist zu verstehen, warum gerade Linke, bzw. ehemals Linke wie Droste, Wolff, Rutschky und in dieser Woche gerade auch die Junge Welt so massiv gegen Wildwasser Stellung beziehen.

Infoladen Daneben



## Kritik zur Patriarchatsdiskussion auf dem Autonomie-Kongress

Zum Kongress (und zur Jubelberichterstattung in der Interim No. 323 auf Seite 2/3 und Seite 31).

Mir ging beim Lesen der Artikel das Bild eines im dunklen Wald verirrtten Männleins, welches ganz laut singt, nicht aus dem Kopf.

Sozial und von der organisatorischen Leistung her war die Familienzusammenkunft ja schon ein Erfolg, auch wenn doch so Einiges zu fehlen schien. Vor allem aus antipatriarchalen Blickwinkel heraus aber betrachtet war der Kongress eine politische Katastrophe. Ein weiteres Mal wurde die Chance vertan, antipatriarchalen Widerstand perspektivisch zu diskutieren.

Die richtige und scharfe Kritik der Hamburgerinnen, um ihr Fernbleiben zu erklären, war dem Kongress gegenüber solidarisch. Warum Männer aber plötzlich meinten, etwas retten zu müssen, blieb mir ein Rätsel. Der Kongress war nunmal strukturell männerdominiert. Dieses Defizit schlägt sich zwangsläufig auf die inhaltlichen Ausrichtungen nieder solange Männer sich nicht gegen die verschiedenen patriarchalen Gewaltstrukturen glaubhaft positionieren können. Anstelle eben in solche Diskussionen überzuleiten, wurde sich wieder auf Schuldsuche begeben und das Redeverhalten (welches mir bis dahin ausgesprochen angenehm vor kam) als ein Merkmal des männerdominierten Kongresses ausgemacht, welches es zu ändern galt. Einmal mehr wurde sich an Erscheinungsformen gerieben, als daran, an die Wurzeln der längst überfälligen Diskussion um mögliche und praxisorientierte Ansatzpunkte zu gehen. Gemeint sind beispielsweise Ansatzpunkte wie der "Kampf gegen Zurichtung" oder "Sabotage soldatischer Männerbünde".

Steckt hinter der Diskussion um Erscheinungsformen ein System? Auf Frauen/Lesbenkritik hin wird immer nur Schadensbegrenzung betrieben, anstatt antipatriarchale Perspektiven zu entwickeln. So auch auf diesem Kongress.

Antipatriarchalen Männern ist es nicht gelungen, hier die nötige Verantwortung zu übernehmen. Die Diskussion um Männerschutzräume fallen sogar hinter jeden einst formulierten Anspruch von antipatriarchalen Männern zurück. Kennzeichnet es nicht den (zu-)Stand der antipatriarchalen Auseinandersetzung, wenn Männer in unseren Strukturen, die ursprünglich als Orte der antipatriarchalen Diskussionen entwickelten Männercafés/gruppen etc. als Männerschutzräume werten?

Ein Schutzrecht heterosexueller Männer vor Frauen/Lesben hat aus politischer Sicht keine Berechtigung. Das diese Diskussion geführt werden mußte, war so traurig wie notwendig. Folgerichtig wurde direkt auf dem Kongress das Männercafé in ein Café für Frauen/Männer, von Männern gemacht, umgewandelt. Den fahlen Nachgeschmack, wie wenig der antipatriarchalen Männerauseinandersetzung zu trauen ist, hat das freilich nicht wegsülen können. Denn das, was in den Männerplena zum Teil unwidersprochen als Positionen in den Raum hineingeworfen wurde, vergrößern den Nachgeschmack nur.

Wenn antipatriarchale Männer Treffen anberaumen, in denen sich alles mögliche an Männern einfindet (von bloß Interessierten bis hin zu bewußten Provos), dann ist es natürlich klar, daß Meinungen auf den Tisch kommen, welche mit antipatriarchalen Auseinandersetzungen nichts zu tun haben. Aber wenn dann kein verantwortlicher Umgang gefunden wird (von Provos rausschmeißen, kritisches sich einlassen auf Positionen, sichtbar machen von Widersprüchen) dann stellt sich die Frage, was diese Versammlungen bezwecken, außer die männerbündische Organisation innerhalb der Szene weiter voranzutreiben und inhaltlichen Diskussionen um die Entwicklung antipatriarchalen Widerstandes von Männern das Wasser abzugraben.

Eine Harmonisierung in Bezug auf alle Männer innerhalb der autonomen Szene, um sie vielleicht "gewinnen" zu können für die "gute, antipatriarchale Sache", ist ebenso wenig angesagt, wie krampfhaft antrainiertes, aber verlogenes P.C. Verhalten, mit dem sich einige Männer vom Rest der Männerwelt absetzen gedenken. In den diversen Männerarbeitsgruppen mangelte es an der Bereitschaft antipatriarchaler Männer konfrontativ in männerbündische Diskussionen einzugreifen. Ich denke, daß wir uns den Anspruch von der Backe putzen müssen, alle Männer antipatriarchal überzeugten, geschweige denn organisieren, zu können. Sie wollen es in der Regel gar nicht und sind somit nicht überzeugbar sondern nur angreifbar. Wir sollten dies aus eigener Erfahrung wissen, nur auf Frauen/Lesbenkritik hin kamen Auseinandersetzungen unter uns zustande. Außerdem sind wir ausgesprochen weit davon entfernt Verantwortung für andere Männer tragen zu können, wo wir doch die Verantwortung kaum für unsere eigenen Strukturen tragen können, wie die Schutzraumdiskussionen, meiner Meinung nach, gezeigt hat.

Wenn wir die Verantwortung, ob aus inhaltlichen Unklarheiten oder schlichten Arbeitsüberlastungen herrührend, nicht tragen können, ist die zur Verfügungstellung von Männerdiskussionsräumen ein grober politischer Fehler. Gerade die antipatriarchale Diskussion darf kein Schutzraum für Männer sein.

Einem Männerkongress ohne Aufarbeitung des verstärkt patriarchalen Rollback innerhalb antipatriarchaler Strukturen macht aktuell weder Sinn noch bringt es die antipatriarchale Auseinandersetzung weiter, wenn diesewirklich gewünscht wird. Die Diskussionen um Organisation antipatriarchalen Widerstandes, bzw. die Entwicklung antipatriarchaler Ansätze, und die Diskussion um den bisher einzig bestehenden Ansatz "Kampf der Zurichtung" sollten endlich begonnen werden.

Wir müssen weg von universitären Kopfkockereien und unsere Erfahrungen an praxisorientierten Widerstand in allen gesellschaftlich relevanten Fragen machen. In diesem Rahmen werden sich Männer treffen können, auch bundesweit.

Herr Blum





## **EIN DISKUSSIONSPAPIER GEGEN DIE POLITISIERUNG VON ERNÄHRUNG (UND FÜR EINE REVOLUTION OHNE VEGANISMUS !)**

Unser erster Text "Warum Instinkte nicht revolutionär sein können" (Interim Nr.314/315) hat erfreulich viel Reaktion provoziert, die sich in Form von Artikeln oder direkten Briefen an uns äußerte. Die inhaltlichen Aussagen dieser Texte und die unabhängig davon erschienenen Diskussionsbeiträge über Veganismus<sup>1</sup> haben uns davon überzeugt, daß es wichtig ist, diese Debatte punktuell zu vertiefen. Viele Gruppen aus dem Tier- und Naturschutzbereich fühlten sich bisher von uns teilweise verleugnerisch angegriffen, was uns aber eher als Angst davor erschien, daß die eigene politische Basis (nämlich Veganismus) zerstört werden könnte. Daher wollen wir nun im folgenden genauer auf die von uns aufgestellte Forderung, Veganismus nur als subjektive Entscheidung und nicht als politische Forderung zu akzeptieren, näher eingehen und diese begründen. Als Methodik verwenden wir dazu eine Kritik an folgenden 4 Thesen, die sich nach dem Durchsehen verschiedenster Schriften über 'richtige Ernährung' als zentrale Argumentationsstränge für eine politische Forderung nach einer bestimmten Ernährung herauskristallisiert haben:

1. Ernährung verändert das Bewußtsein und den Charakter des Menschen ("Der Mensch ist, was er ißt !")
2. Bestimmte Ernährung verändert die Gesundheit und Gesundheit ist ein politisches Ziel.
3. Bestimmte Ernährung verhindert die Unterdrückung von Lebewesen.
4. Bestimmte Ernährung stellt 'politisch korrekten' Konsum dar und der ist ein politisches Ziel. ("auch wenn Soja nicht 100% pc ist !"<sup>2</sup>)

Dabei gehen wir erst jeweils im zweiten Teil (B) einer jeden These auf spezielle vegane Argumentationsmuster ein, während wir zunächst (jeweils unter A) grundsätzlich die Vorstellung von Ernährung als politische Handlung (und damit auch Veganismus) kritisieren und letztendlich ablehnen.<sup>3</sup>

Dies wollen wir aber nicht beginnen, ohne erneut unsere Solidarität mit linken TierrechtlerInnen, ErdbefreierInnen und VeganerInnen zu bekunden (die sich auch gerade in der Schärfe unserer Kritik widerspiegelt), sowie die platte oder unkritische Haltung vieler Linker zu kritisieren. Es ist weder damit getan, alle TierrechtlerInnen mit Peter Singer gleichzusetzen, nur weil der sich selber so benennt (wie geschehen im Flugblatt "Lebensschützer mit Tarnkappen"; Interim Nr.317), noch hilft es uns weiter, wenn, wie beim Autonomie-Kongreß zu Ostern in Berlin geschehen, sich kaum jemand um die inhaltliche Auseinandersetzung bemüht, dann aber beim Abschlußplenum zum Beruhigen des eigenen Gewissens brav dem wirklich unselbstkritischen Abschlußbeitrag aus der Veganismus-AG applaudiert wird. Dies zeigt uns nur ein weiteres Mal, daß der Komplex 'Natur' ein vernachlässigtes Thema innerhalb der Linken darstellt, was insofern gefährlich ist, da so auf Grund fehlender Diskussionen schnell Widersprüche übergangen werden und als Folge Annäherungen und Vermischungen von durchaus gutmotivierten linken Ansätzen und rechten Inhalten zu erwarten sind (siehe unsere Kritik an der 'Instinkt'). Wir sind davon überzeugt, daß endlich angefangen werden muß, die Konsequenzen aus der Entfremdung in der Metropole und durch das System in entsprechende politische Inhalte umzumünzen. Wir müssen uns ernsthaft fragen (und wir sagen hier nochmal ausdrücklich, daß auch wir erst am Anfang einer solchen Diskussion stehen), wie frei Leben in einer westlichen Industriegesellschaft sein kann, wie selbstbestimmtes Leben in einer Betonwelt aussehen soll, ob Groß- und Schwerindustrie nicht grundsätzlich lebensverachtend sein müssen oder ob wir den Traum der Grünen/Bündnis 90 von einer sozialen und ökologischen Industriegesellschaft mitträumen? Die Passivität in diesem Bereich, die eher theoretischer Art ist, muß langsam einer Diskussion weichen, weil wir sonst in absehbarer Zeit ohne inhaltliche Bestimmungselemente im Sumpf von Esoterik, Naturmystik, Ernährungs- und Gesundheitsphilosophien und sämtlichen anderen Spielarten des Ökofaschismus untergehen werden. In den USA und Großbritannien, die in diesen Bereichen einen großen Boom verzeichnen, zeigen in der Entwicklung dieser Bewegungen, zu welch fatalen Folgen es kommt, wenn sich Tier-, Natur- und Lebensschutz vermischen und eine gefährliche Allianz mit Esoterik und Mystik eingehen (Krassesstes Beispiel davon ist 'Hardline'<sup>4</sup>). Hier haben linke Inhalte keine Chance. Wir sollten uns daher nicht von einer mit Sicherheit auch auf uns zukommenden Entwicklung überholen lassen, sondern selbst agieren, was nur heißen kann

<sup>1</sup>Das Bedauern z.B. von Tofupower (Interim Nr.318; S.23): "... schade, daß es zu keiner inhaltlichen Auseinandersetzung über Veganismus kam, denn diese Debatte steht angesichts des Freßverhaltens (auch in der Szene) absolut an" ist damit von unserer Seite aus hinfällig.

<sup>2</sup>Tofupower, siehe oben

<sup>3</sup>Dieser Teil ist ganz bewußt grundsätzlich gehalten und so erstmal nicht nur auf Veganismus bezogen, da unsere Erfahrung mit dem Umgang diverser VeganerInnen mit unserem ersten Text, in dem auch schon eine Kritik am dort gebrauchten Veganismus steht, gezeigt haben, daß diese sich durch Ablehnung spezieller Teile unserer Argumentation der grundsätzlichen Kritik entziehen. Daher fangen wir mit dieser grundsätzlichen Kritik an Ernährung/ Konsum als politische Forderung an und denken dort Kritikpunkte entwickelt zu haben, mit denen sich alle VeganerInnen bzw. alle Leute, die Ernährung politisch finden (also auch politisch überzeugte Fleischfresser) auseinandersetzen müssen, egal mit welchen Details sie dann nochmal für ihre spezielle Nahrung argumentieren.

<sup>4</sup>vgl. Artikel einiger Frauen in der RAZZ Nr.49: "Hardline ist eine vegane Bewegung aus den USA, die sich selber als eine politisch revolutionäre Avantgarde sehen, die aber unter dem Deckmantel der veganen Ernährung eine sexistisch-faschistoide Ideologie verbreiten, die nun mehr auf Europa übergreifen hat."



1- zu diskutieren, warum ein positives Naturverständnis und -verhältnis für eine revolutionäre Linke existentiell ist

2- wie ein solches unter linker Prämisse auszusehen hat.

Einen Ansatz der Veganismus und Tierrechte gleichsetzt oder untrennbar miteinander verknüpft lehnen wir mit nachfolgender Argumentation ab, da eine vegane Basis eben nicht automatisch für ein linkes Natur- und Lebensverständnis birgt, sondern sogar erhebliche Gefahren aufweist:

#### ad. 1) Ernährung verändert das Bewußtsein und den Charakter des Menschen

(A) Genauso wie wir es biologistisch finden, wenn Menschen über ihre biologische Abstammung, Eltern oder Gene zu "Verbrechern", "Homosexuellen", "Zigeunern" etc. konstruiert werden und damit Handlungsweisen als unveränderbar und von der Natur und nicht von dem jeweiligen menschlichen Willen herkommend naturalisiert werden, so finden wir es auch biologistisch Handlungsweisen über den Magen-Darm-Trakt zu erklären. Damit wird zwar immerhin gegenüber erstgenanntem Biologismus den Menschen Veränderungsmöglichkeiten zugesprochen (indem sie ihre Ernährungsweise umstellen), aber das macht die Sache nicht viel besser, da letztendlich die wirklichen Interessen hinter menschlichen Verhaltensweisen ausgeblendet werden. An der 'Instinkt' haben wir diese Kritik schon geführt und wollen sie hier nicht wiederholen, möchten sie aber durch eine Kritik an der 'Makrobiotik' erweitern, da diese erstens mit strukturell gleichen Argumenten daherkommt und wir zweitens mit leichtem Erschrecken festgestellt haben, daß auch wenigstens in einem linken Infoladen in Berlin (der recht eng mit den veganen Strukturen in Berlin verwoben ist und diesen auch teilweise als Kontaktadresse dient) makrobiotische Schriften vertrieben werden<sup>5</sup>. Auf jeden Fall führt die Makrobiotik die These, daß Ernährung den menschlichen Charakter bestimmt, konsequent zu Ende (Dankenswerterweise, da mensch nun deutlich zu sehen bekommt, wohin das führt !). Folgende Tabellen sind aus dem Buch "Frieden und Harmonie durch Makrobiotik - Die Philosophie einer friedvollen Ernährung" von Michio Kushi (1988); S.221 übernommen:

Aufstellung 9. Nahrung und Emotionen

Organ	Gesunde Funktion	Ernährung	Kranke Funktion	
	Bewirkt		Bewirkt	Ernährung
Leber, Gallenblase	Geduld, Ausdauer, Abenteuerlust, Kreativität	Ganze Körner, Weizen, Gerste, Blattgemüse, Miso, Pickles, Saure und natürlich-fermentierte Lebensmittel	Gereiztheit, Zorn, Gewalttätigkeit, Grausamkeit, Eigensinn, Engstirnigkeit, Unbeweglichkeit	Fleisch, Eier, Geflügel, Milchprodukte, weißes Mehl, Fett und Öl, Zucker, Süßigkeiten, Alkohol
Herz, Dünndarm, Gehirn	Freundlichkeit, Zusammenarbeit, Gelassenheit, Intuition, Geistige Einheit, Fröhlicher Ausdruck	Ganze Körner, vor allem rote Hirse und Mais, Ausgedehntes grünes Blattgemüse, Klettenwurzel, Wakame, Kombu, Bittere Lebensmittel	Getrenntheit, Aufregung, Nervosität, Unruhe, übermäßiges Lachen oder Sprechen, Leidenschaftlichkeit, Unbeweglichkeit	Fett und Cholesterin, Zucker, Süßigkeiten, zuviel Obst und Säfte, Tropische Nahrungsmittel, Kaffee, Raffiniertes Öl, Chemikalien
Magen, Milz, Bauchspeicheldrüse	Sympathie, Weisheit, Rücksicht, Verständnis	Ganze Körner, Hirse, Kürbis, Zwiebeln, Kohl, Natürlich-süße Produkte	Gereiztheit, Kritiklust, Skeptizismus, Sorge, Eifersucht, Neid	Fleisch, Eier, Butter, Fett, Käse, Milch, Öl, Zucker, Weißer Reis, Alkohol

Wir denken, daß das eigentlich schon genügen müßte, um zu zeigen, daß diese Ideologie in ihrer Konsequenz nichts mit einer linken Analyse von Herrschaftsverhältnissen zu tun hat, wollen aber noch mal am Beispiel Krieg ins Detail gehen. Dort lehnt nämlich Michio Kushi ganz bewußt die angeblich "sozialwissenschaftlichen Analysen" von "Imperialismus" oder "Militarismus" als Ursache von Kriegen als zu oberflächlich ab und bringt dafür biologische Gründe ins Spiel. Unter der Kapitelüberschrift "Der biologische Ursprung des Krieges" (S.128) wird Krieg dann mit Krankheit und Frieden mit Gesundheit gleichgesetzt und wenig später dann im Abschnitt "Die ernährungsbedingten Ursachen des Krieges" (S.134) im Detail erklärt: "Umgekehrt herrschten

<sup>5</sup> Im Heftchen "Milch, ein Mythos der Zivilisation" von Herman Aihara heißt es dort z.B. gleich zur Einleitung: "Aus makrobiotischer Sicht sind alle antagonistischen, dualistischen Lebenskonzepte (...) eine Einheit, die sich als Zweiheit ausdrückt. Sie sind ergänzend statt entgegengesetzt. Mit diesem Verständnis wandeln wir Feinde in Freunde um, und die Krankheit wird zum Wohltäter der Gesundheit. Aus dieser Erkenntnis entspringt immerwährende Dankbarkeit und eine alles umfassende Lebensweise." (S.2)



Zeiten der Angst, des Krieges und der Disharmonie, wenn die zentrale Bedeutung des Ganzkorngetreides abnahm oder wenn Nahrungsmittel aus völlig anderer Umgebung täglich gegessen wurden." (S.135)

Konsequenterweise entwickelt sich dann die menschliche Geschichte nicht an Interessen wie z.B. Herrschaft oder Befreiung, sondern nach Ernährungsformen. So komisch das im ersten Moment erscheint, so bitter zynisch klingt es, wenn Michio Kushi konkret wird und z.B. den Nationalsozialismus erklärt: "In den dreißiger und frühen vierziger Jahren verbreiteten sich chaotische Ernährungsgewohnheiten auf der ganzen Welt. Als ihre Intuition und ihr gesunder Menschenverstand abstumpften, wurde die Bevölkerung in den Industrieländern für trügerische Ideologien und die Manipulation durch rücksichtslose oder wankelmütige politische und militärische Führer anfällig. Das Endergebnis war ein neuer Weltkrieg. Im Fall von Deutschland trug die traditionelle Gewohnheit, Wurst, Wurstwaren und anderes verarbeitetes Fleisch zu essen, dazu bei, die Gesellschaft in ein Schlachthaus zu verwandeln, während der große Konsum von Bier, Zucker, Schokolade und anderen extremen Yin-Substanzen eine magnetische Anziehungskraft des arischen Ideals bewirkten..." (S.197/198)

Eine ganz neue Faschismustheorie also, und zwar eine die als wirksames Mittel im Kampf gegen Faschismus Miso- und Suppe, braunen Reis etc. empfiehlt<sup>6</sup>. Bei allem guten Willen, den mensch solch selbsternannten Pazifisten zubilligen kann (?), muß doch festgehalten werden, daß ihre Ideologie und Praxis<sup>7</sup> ausdrücklich gegen Revolution und soziale Aufstände gerichtet ist bzw. den Herrschenden (und sich selbst) mithilft, ausbeuterische Interessen hinter Hähnchenkeulen und Kartoffeln verschwinden zu lassen.

(B) Auch wenn eine vegane Praxis *an sich* als positiv bewertet wird, heißt das, daß das Subjekt (der essende Mensch) hinter der Tat (vegane Ernährung) und die Motivation (warum ißt er wie) hinter dem Ergebnis (Ernährung ohne tierische Produkte) ausgeblendet werden.<sup>8</sup> Diese Trennung führt zu einer Entpolitisierung des Subjekts und kann nur eine Annahme der oben kritisierten These 'Ernährung bestimmt den Charakter' bedeuten, was dann auch in der Broschüre "Warum kein Fleisch, kein Fisch - kein Ei"<sup>9</sup> zur Genüge getan wird: "Die Pflanzennahrung ist eine solche, daß sie in dem Organismus jene Kräfte rege macht, welche den Menschen in eine Art kosmische Verbindung bringen mit dem ganzen planetarischen System. Die Leichtigkeit des Organismus, die er erhält durch Pflanzennahrung, die hebt über die Erdschwere hinweg, die macht eine gewisse innere, - man möchte sagen - nach und nach wie zur Geschmacksempfindung sich ausbildende Erlebnisfähigkeit möglich: daß es ihm ist, wie wenn er mit den Pflanzen in einer gewissen Weise das Sonnenlicht mitgenießen würde." (S.24)

der typische Fleischfresser  
nach der Broschüre  
"Warum kein Fleisch ..."  
(S.19)



<sup>6</sup>Das diese versponnene Analyse kein Einzelfall unter Ernährungsideologen ist, beweist auch die Theorie von Arthur Buschmann, der den Entwicklungsstand der Zirbeldrüse, welcher wiederum von einer 'natürlichen' und gesunden Lebensführung abhängig ist, für 'hypnotische Einwirkungen' wie z.B. Autoritätsdenken, Selbstversklavung verantwortlich macht. ("Schriftensammlung für das aufsteigende Wassermannzeitalter"; S.41)

<sup>7</sup>So empfiehlt Gregor Wilz "Die vegetarische Rohkost" als "Praktische Ernährung im Atomzeitalter", da "die wenigsten Menschen wissen, daß im Zentrum von Hiroshima eine Gruppe von Mönchen den Abwurf der Atombombe gut überstand. (...) Die Mönche ernährten sich von gekeimtem Getreide und Algen und tranken Grüntee." (S.307/ 308)

<sup>8</sup>Zum besseren Verständnis ein Vergleich: Bei der 'Gewaltdiskussion' lehnen wir ja auch den bürgerlichen und pazifistischen Ansatz, der nur das Ergebnis also die Gewalt sieht und ablehnt, ab und gucken vielmehr, *warum* jemand Gewalt anwendet.

<sup>9</sup>Die HerausgeberInnen dieser Broschüre sind leider im Heftchen selbst nicht angegeben. Wir zitieren dennoch daraus, da dieses Blatt auf dem Autonomie-Kongress verkauft wurde und Teile daraus in einer Wandausstellung beim selbigen ausgehängen wurden. Insgesamt ist unsere ganze Kritik an der 'Instinkt' auch auf dieses Machwerk zu übertragen, da es z.B. vor Biologismen nur so überläuft.



## ad.2) Bestimmte Ernährung verändert die Gesundheit und Gesundheit ist ein politisches Ziel

(A) Ähnlich naiv, in der Motivation aber durchaus human erscheinen auch die Argumentationsschemata für eine angeblich 'gesunde Ernährung' (da gibt es neben dem veganen Modell ja noch hunderte von anderen Diätformen, z.B. die Rohkostvariante, die alle wissenschaftlich bewiesen, den Menschen das Blaue vom Himmel versprechen), die allerdings in ihrer Konsequenz ebenfalls fatale Folgen haben. Wenn sie nämlich davon ausgehen (wie z.B. die "Instinkt"), daß über Ernährung (sämtliche) Krankheiten zu behandeln sind <sup>10</sup>, verstehen sie 'Gesundheit' nicht als soziales, historisch-gesellschaftlich bedingtes Konstrukt zur Ausgrenzung bestimmter angeblich 'ungesunder' Menschengruppen als Beispiele von Nicht-Tauglichkeit und als verkörpertes Gegenteil zu den im 'Gesunden' definierten gesellschaftlichen Normen (vgl. unseren ersten Text "Warum Instinkte..."), sondern als individuelles Ernährungsproblem. Damit verlagern, reproduzieren und verschleiern sie dieses Unterdrückungsverhältnis, welches vor allen Dingen gegen Behinderte, AIDS-'Kranke' und marginalisierte Gruppen wie Obdachlose und DrogenkonsumentInnen Praxis wird. Durch eine solche Individualisierung und damit Entpolitisierung werden nämlich letztendlich die gesellschaftlich vorgegebenen Normen anerkannt ("Denn als normal darf man nur den Zustand völliger geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit und Gesundheit bezeichnen, ein Ideal, das heute nur sehr, sehr wenige erreichen." 'Ernährungspapst' Prof. W.Kollath) und nur nach einer Behandlungs-Technik gesucht, wie 'Ungesunde' zurück zu dieser 'Gesundheit' gelangen können. Damit geht es nicht mehr um die politische Forderung nach Aufhebung gewisser diskriminierender Körperlichkeitsideale und um das Bekämpfen einer Gesundheits-Definition, die Krankheit nicht als Behinderung versteht <sup>11</sup>, sondern um Herrschaftswissen. D.h. letztendlich wird von der gesamten Zunft der ErnährungswissenschaftlerInnen 'nur' 'technisches Wissen' (wie der Körper wieder in gesellschaftliche Gesundheitsnormen eingepaßt werden könnte) zur Verfügung gestellt, welches so entpolitisiert nur dazu dienen kann, z.B. durch den Arbeitsprozeß zerstörte Menschen für diesen wieder fit zu kriegen. Letzte Konsequenz und gleichzeitig Legitimation solcher Ernährungsideologien ist das hierarchische und diskriminierende "Wo keine vollkommene Nahrung ist, ist auch keine vollkommene Gesundheit, kein vollkommenes Leben, kein vollständiges Glück möglich." (Prof. W.Kollath <sup>12</sup>) oder bei Dr. med. M. Bircher-Benner: "Da also die Beschaffenheit des Blutes bzw. die Ernährung und Reinigung des Gehirns für das Wirken des Geistes in der Person entscheidende Bedeutung hat, wird sogleich klar, daß jede Unordnung in der Lebensführung, besonders aber die Unordnung in der Ernährung das geistige Niveau der Person schädigt." <sup>13</sup> Insgesamt greift ein solch individualisierter Gesundheitsbegriff nicht nur die Kämpfe z.B. der 'KrüppelInnenbewegung' an, die sich der technischen Lösung des 'Minderwertigkeitsproblems' im Dritten Reich sicher noch gut erinnert, sondern öffnet einer antisozialen Praxis Tür und Tor, die schon jetzt von großen Teilen der Gesellschaft eingefordert wird: nämlich die Entsolidarisierung unter den Menschen, wo jeder/ jede Einzelne für seine angebliche Krankheit bzw. Behandlung selbst aufkommen muß (z.B. die Vorwürfe gegen RaucherInnen gerade aktuell in den USA). Eben selbst schuld, hättest dich ja richtig ernähren können!

(B) Wir wenden uns nicht gegen einen individuellen Wunsch nach Gesundheit, sondern gegen eine politische Forderung nach selbiger. Dieses ist uns in der Argumentation und Legitimation von VeganerInnen immer wieder begegnet. So werden in den Broschüren "Nie wieder Fleisch" (Packpapier Nr.73) und "Warum kein Fleisch ..." (s.o.) gleich mehrere Seiten dafür verwendet, den schädlichen Einfluß von Fleisch auf die Gesundheit zu beschreiben ("Warum werden Fleischesser schneller krank und sterben eher?": S.10) oder bei TIGA im Flugblatt "Die Milch kommt nicht aus dem Kühlschrank ..." darauf hingewiesen, daß " (...) Milch und Fleisch krankmachen. Ich war ganz verwundert, weil die doch in der Werbung immer behaupten: 'Die Milch machts!' oder 'Fleisch ist ein Stück Lebenskraft!'. Aber ich habe davon nur Rheuma bekommen, und laut meiner Ärztin sollen auch eine Menge anderer Krankheiten daher kommen."

## ad.3) Bestimmte Ernährung verhindert die Unterdrückung von Lebewesen

(A) Ein grundlegender Zug (Zwang) von Leben ist es, durch das Vernichten von anderem Leben weiterzuexistieren. An dieser Tatsache, die darin begründet ist, daß es kein einziges Lebewesen gibt und je gab, was ohne dieses Prinzip existiert, kommen wir nicht vorbei. Auch wenn Vegan Fieselschweif stellvertretend für wohl so alle VeganerInnen in der Interim Nr.324 behauptet, daß "der Konsum von Tierprodukten ein Ausdruck von Hierarchie und Unterdrückung" ist "und nichts mit einer freiheitlichen Gesellschaft zu tun" hat. <sup>14</sup> Dieses

<sup>10</sup>So z.B. auch bei Gregor Wilz "Vegetarische Rohkost" (1993): "Die vegetarische Frischkost ist wahrhaftig, um mit Bircher-Benner zu sprechen, 'eine Heilnahrung par excellence', anwendbar bei allen Krankheiten." (S.293)

<sup>11</sup>Hier verstehen wir den Begriff 'Behinderung' in seiner fortschrittlichen Umkehrung. D.h. nicht mehr von 'behinderten Menschen' zu reden, sondern von Menschen, die durch eine heterosexistische, behindertenfeindliche und gesundheitsfixierte Gesellschaft am Leben behindert werden.

<sup>12</sup>aus Prof. Dr. med. Kollath "Zur Einheit der Heilkunde" Verlag Natürlich und Gesund (!) 1988; S.132

<sup>13</sup>aus Dr.med.M. Bircher-Benner "Fragen des Lebens und der Gesundheit"; 1935; S.97

<sup>14</sup>Eine solche vegane Revolution als Ziel spiegelt die Wirkung der kapitalistischen Tradition und die eigene Sozialisation in der Metropole wieder. Das Verständnis von Leben verwandelt sich in ein 'Bambi-Syndrom', in einen Wunsch nach Leben ohne Töten, nach Harmonie und Reinheit. Dementsprechend hat ein schwarzer Widerständler uns gegenüber auf die Frage nach Veganismus in den USA formuliert: "Dies ist ein Problem der Metropole; auf dem Land ist das kein Thema!"



scheint so erstmal im Widerspruch zu unseren Praktiken und Utopien zu stehen und wir finden es wichtig und zentral an diesem Punkt einen linken Umgang zu finden. Doch die bisherigen Ansätze gerade aus der veganen Szene finden wir falsch, da sie implizieren, daß durch eine bestimmte Ernährung dieser Widerspruch aufgelöst werden kann, aber im Gegenteil gerade dadurch einen Umgang mit Tod verhindern<sup>15</sup>. Denn es kann zwar durchaus eine technische Lösung dieses Widerspruches geben, da Ernährung ohne Töten für den Menschen inzwischen möglich ist (auf Grund der technischen Entwicklung hin zur Chemie- und Astronautennahrung) oder durch eine homozentristische Einteilung von Leben in fühlend (Menschen, Tiere) und nicht-fühlend (Pflanzen), wo mensch sich durch Töten des Nicht-Fühlenden dem Mordvorwurf entzieht. Diese können von uns aber kaum als fortschrittlich benannt werden. Vielmehr möchten wir in diesem Zusammenhang erstmal auf den von uns als beispielhaft empfundenen Umgang von div. indigenen Völkern mit ihrer Ernährung (z.B. Heiligung und Dankbarkeit dem getöteten Tier gegenüber, woraus eine menschliche Praxis des Tötens entsteht) verweisen und hiermit auch eine uns bislang verborgen gebliebene Diskussion in der Linken zu Tod und Sterben einfordern.<sup>16</sup>

Ein anderer Aspekt dieser Debatte ist die Opferperspektive. Da gerade VeganerInnen diesen Gesichtspunkt zum Zentrum ihrer politischen Theorie und Praxis machen, wollen wir diese nach unserer Meinung verdrehte Sicht verdeutlichen. Während direkte Aktionen, wie Tierbefreiung oder gegen Tierlabore und Zuchtstationen vorzugehen (die wir wie eingangs gesagt voll unterstützen), konkret für das Opfer erlebbar und damit faßbar und wirklich real werden, bringt die vegane Ernährung den Tieren aber auch überhaupt gar nichts. Nicht Ernährungsformen, sondern die kulturelle Grundlage der gesellschaftlichen Praxis, die Einrichtungen wie Labore, Zucht- und Schlachtbetriebe etc. zuläßt und fördert, steht für uns zur Disposition. Gerade die 'indigene Praxis' auf diesem Feld hat für uns bewiesen, daß der Verzehr von Fleisch nicht zwingend naturzerstörend und tier- bzw. lebensfeindlich sein muß, sondern daß gerade diese Völker mit ihrem nichteuropäischen kulturellen Hintergrund das Gegenteil beweisen, wobei die Betonung auf kulturellem Hintergrund und nicht auf Fleischverzehr liegt. Der Schwachsinn einer solchen politischen Forderung verdeutlicht sich z.B. in dem Spucki "Für Zigaretten werden Tierversuche gemacht", welches die Forderung impliziert, nicht mehr zu rauchen. Unserer Meinung nach könnte sich aber die einzig sinnvolle Forderung gegen Tierversuche und nicht gegen das Rauchen richten.

Auch die abgeschwächte Form dieser Argumentation, die davon ausgeht, daß durch eine bestimmte Ernährung *weniger* Lebewesen als durch eine andere getötet werden, können wir höchstens als persönliche moralische Kategorie akzeptieren. Als politische Begründung für Praxis wäre daran eine Kritik zu führen, wie sie z.B. Susanne Kappeler in dem Buch "Vergewaltigung, Krieg, Nationalismus" (1993) an einer Perspektive und Argumentation geführt hat, für die Massenvergewaltigungen qualitativ schlimmer sind als eine einzige Vergewaltigung: "Als Feministinnen sollten wir dem ganz im Gegenteil andere Argumente entgegensetzen: daß jede Vergewaltigung ein 'Verbrechen' ist, nicht erst ihre Vielzahl (...) Als Feministinnen haben wir darauf bestanden, sexuelle Gewalt aus der Perspektive der Frau zu bestimmen - daß Vergewaltigung Vergewaltigung ist, egal wie es der Vergewaltiger definiert (...) Insbesondere jedoch bestehen wir darauf, daß die Vergewaltigung ein 'Verbrechen' an der Frau ist, nicht an 'ihrem' Mann, nicht an 'ihrem Volk' oder 'ihrer' Nation." (S.49) Ohne Vergewaltigungen mit Fleischessen gleichsetzen zu wollen, ist die grundlegende Kritik an einer Argumentationslinie mit 'weniger Opfern' auch auf 'ErnährungspolitikerInnen' anwendbar. Solche Zahlenjonglierereien entindividualisieren die Opfer, nehmen damit Täterargumente auf und spielen letztendlich die zu vergleichenden Opfergruppen gegeneinander aus. Entweder ist jede einzelne Tötung von Tieren/Pflanzen 'Mord' (was wir weiter oben schon begründet abgelehnt haben) und damit jegliche Form der Ernährung (auch die vegane) ohne Unterschied falsch oder aber nicht jede Form von Tötung ist 'Mord', sondern nur die in einer bestimmten Art und in einem bestimmten Verständnis von Leben, und dann kann sowohl vegane als auch sonstige Ernährung richtig sein.

<sup>15</sup>Katastrophal wird es dann, wenn durch diese Selbstbelugung eine Identität des besseren, eben veganen Menschen entsteht, der sich z.B. von Fleischessern keine Diskussion aufzwingen läßt (so formuliert von der Tierrechtsaktion Nord - TAN in der Interim Nr.321). Damit wird der Widerspruch als gelöst dargestellt und aus Pflanzentöten wird auf einmal Fortschritt. Da empfinden wir eine Ernährungsweise, die versucht bei jeder Form von Ernährung so etwas wie Respekt und Verantwortung zu problematisieren und nicht irgendwie positiv besetzt oder sich darüber auch noch eine Identität aufbaut für angemessener.

<sup>16</sup>Eine der wenigen Auseinandersetzungen damit findet sich bei Peter Kratz "Die Götter des New Age" ab S.254, in der der Autor zu Recht auf die in Zeiten des Sozialabbaus aber auch ansonsten von Rechten gern benutzte 'Ethik des Sterbens' verweist, die versucht, aus dem gesellschaftlich verursachten Tod (z.B. Krebs) etwas natürlich-positives zu machen, um sich so vor Kosten gerade im Gesundheitssystem zu drücken. Diese Analyse hilft zwar jetzt, doch läßt alle Fragen nach einem späteren Umgang mit dem Problem Tod, der auch in einer befreiten Welt nur in seiner sozialen, aber nicht in seiner natürlichen Kategorie abgeschafft werden kann, völlig offen. Hier würden wir aber die Diskussion ansetzen wollen!



(B) Ein zentraler Punkt bei dieser Argumentation für Veganismus ("Fleisch ist Mord") stellt die direkte Verknüpfung von metropolitaren Essgewohnheiten und Hunger im Trikont dar. So argumentiert TIGA beispielhaft im Flugblatt "Die Milch kommt nicht aus dem Kühlschrank...". "Die verhungern dort wohl vor allem, weil deren Getreide an unsere Tiere verfüttert wird. (...) Wenn wir alle konsequent vegetarisch leben würden, müßten viel weniger Menschen auf der Welt in Armut leben oder sogar verhungern!" oder RAT (Radikale antipatriarchale TierrechtlerInnen): "Der Hunger in den Ländern zahlreicher sog. Entwicklungsländer entsteht u.a. dadurch, daß die dort angebauten pflanzlichen Nahrungsgüter in den reichen Industrieländern an die Tiere verfüttert werden." (aus dem Flugblatt "Auf zu neuen Ufern"). Damit bewegt sich die vegane Argumentation im herrschenden Rahmen, weil die instrumentalisierte Armut der Menschen im Trikont auf nicht so effiziente 'Anbaumethoden' ('1 kg Fleisch 'kostet' 7 kg Getreide') zurückgeführt wird. Das Konstrukt der 'Überbevölkerung' wird so nicht als Herrschaftsinstrument benannt, sondern als reelles Problem mit einer bisher unzureichenden technischen Lösung entpolitisiert.<sup>17</sup>

ad 4) Bestimmte Ernährung stellt 'politisch korrekten' Konsum dar und der ist ein politisches Ziel (A) Letztendlich zerfällt diese Diskussion in die Frage, die so auch breiter in der Linken diskutiert wird, ob Konsum (worumher wir Ernährung letztendlich zahlen) grundsätzlich 'politisch' sein kann und ob daraus resultierend eine politische Forderung ableitbar ist. So ist es ja eine weitverbreitete linke Praxis, einerseits mit einer ständig länger werdenden 'Boykottliste', auf der die Konzerne vermerkt sind, die durch was auch immer im besonderen Maße gegen 'linke Prinzipien' verstoßen haben, einkaufen zu geben und andererseits aus Bioläden und Food-Cops heilige Stätten bzw. aus McDonalds genau das Gegenteil zu machen. Einziges für uns erkennbares Fazit aus dieser (durchaus selbst praktizierten) Erfahrung ist, daß nach kurzer Zeit klar war, in welcher enger Verflechtung dieser vielschichtige, auf Monopolisierung drängende 'kapitalistische Block' aus Konsortien, AG's, Banken, Versicherungen etc. und der Politik zusammenhängt bzw. das es letztlich nur war zu glauben, mensch könne über Konsumentscheidungen zu einer 'linken Alltagspraxis' gelangen, die in ihrer Konsequenz dem objektiven politischen Anspruch gerecht wird. Vielmehr verschleierte sie sogar zwei wesentliche Erkenntnisse:

1) Sie weist insgesamt eine kleinbürgerliche Tendenz auf, in dem sie sich auf die Monopole konzentriert und letztendlich die kleinen Läden außen vor läßt. Grundsätzlich funktionieren beide aber in derselben kapitalistischen wie imperialistischen Struktur, dessen Charakter eben die rassistische Arbeitsteilung sowie das Abpressen des Mehrwerts durch den Produktionsmittelbesitzer gegenüber dem Lohnsklaven ist. Diesem Verhältnis kann sich niemand durch Konsumentscheidungen (es gibt keine guten und bösen Kapitalisten), sondern nur durch einen revolutionären Umsturz entziehen. Es zeugt auch von einer fehlenden Klassenanalyse, wenn anstelle mit dem Proletariat, Solidarität mit BioladenbesitzerInnen etc. geschlossen werden.

2) Die grundsätzliche kulturelle Entscheidung zwischen 'Haben' und 'Sein' wird an Produkten und nicht an den Motiven der Menschen festgemacht. (vgl. 1B) Wir müssen uns einfach klar machen, daß wir um diesen Tatbestand, nämlich durch die Teilnahme an dieser Gesellschaft ein Teil der europäischen Destraktion zu sein, nicht herumkommen. Damit ist nicht gesagt, daß mensch frei von allen Zwängen agieren kann. Die grundsätzliche Stellung zu dieser Gesellschaft reflektiert sich selbstverständlich auch in der Konsumhaltung. Jedoch kann nicht die einzelne Konsumentscheidung darüber Auskunft geben, welches Bewußtsein die entsprechende Person gerade hat. Da in der Vergangenheit Konsumentscheidungen aber z.B. Anlaß für 'politisch' motivierte Angriffe waren (gegen PelzträgerInnen, Mercedes-FahrerInnen etc.), halten wir es für erforderlich, ausdrücklich zu sagen, daß Kriterien für Angriffe auf Personen nur deren soziales Verhalten liefern können, eben eine sexistische, rassistische oder kapitalistische Praxis mit den entsprechenden Konsequenzen im Umgang mit Leben. Wir halten dies auf der Grundlage des Vorhergesagten für sehr wichtig, weil wir nicht sehen, welche einzelne Konsumentscheidung keinen Angriffsgrund liefert. Daher stellen Konsumentscheidungen für uns höchstens Nebenwidersprüche dar, da mit einer Umwälzung der kapitalistischen Strukturen und wirklich nur dann, diese Probleme verschwinden dürften.

Desweiteren müssen wir uns fragen, in wie weit das System von unseren Konsumentscheidungen tangiert wird und ob es den kapitalistischen Strukturen nicht grundsätzlich egal ist, welche Motivation hinter einer Konsumentscheidung steht (Außerdem muß uns klar sein, daß jeder an dieser Gesellschaft partizipierende Mensch unabhängig von seiner/ ihrer politischen Einstellung konsumieren muß). Die Aufteilung der Märkte nach Zielgruppen und initiierten Klischees ist Teil des Systems und mehr nicht. Das hat die schnell auf ökologische und politische konsummittelscheidende Faktoren reagierende Wirtschaft gezeigt und den KundInnen entsprechende 'Verpackungen' konstruiert. Gesunder, sozialer, humaner, ökologischer Konsum ist

<sup>17</sup>Den Ausweg aus der Misere, daß Trikontfrauen sich an den Sojabohnen abschaffen, die dann deutsche Schweine zu fressen kriegen, sieht ihr darin, die Sojabohnen selber zu fressen. Na, ich würde ja behaupten, da können sich die betroffenen Frauen ein Ei drauf pellen, ob nun deutsche Schweine oder deutsche Veganer die Bohnen fressen. (...) Ich seh da eher die Lösung des imperialistischen Systems besitzigen und ab in die Hölle, die Sojabohnen selber anbauen." (aus RAZZ, April 94) Dem können wir uns nur voll anschließen.



nun angeblich möglich und wird bundesweit in zunehmenden Maße praktiziert.<sup>18</sup> Auch der 'Grüne Punkt' und andere Etikettenschwindeln dieser Art gehören zu den 'psychologischen Beruhigungspillen', die das System seinen Untertanen verabreicht. Auch die Repressionsschwelle des Staates wird mit einer Konsumentscheidung immer unterlaufen: er reagiert erst auf einen direkten Angriff auf seine Strukturen, was uns wiederum zeigt, welche Aktionsform effizient ist und welche theoretische Grundlage dafür die Voraussetzung bildet. Nach den inhaltlichen Problemen, die wir mit einem 'politischen Konsum' bzw. mit der Forderung nach einem solchen haben, finden wir die unpolitische Nische, welche ein sich als politisch wahrnehmendes Bewußtsein darstellt, das sich hauptsächlich über eine Praxis wie Konsumentscheidungen definiert, für gefährlich und in der Konsequenz für konterrevolutionär. Die Folge ist nämlich die Reproduktion gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen in den eigenen Reihen, wo eine Hasi, ein Sticker oder grüne Haare eine selbstkritische Reflektion und Konfrontation linksradikaler Analysen von Herrschaftsstrukturen ersetzen. driften Mackergehebe und Rassismus Bestandteil des eigentlich revolutionären Potentials werden. Deswegen stuft wir eine von der Konsumentscheidung dominierte Praxis bzw. Theorie als unpolitisch ein. Die Entwicklung der Grünen und der Ökobewegung scheint dieser Einschätzung recht zu geben. Bedenkt mensch einmal wie viele Menschen von der Umweltbewegung inspiriert in diesem Land ökologisch, sozial und human bewußt einkaufen, auswählen, abwägen, Müll sortieren etc. ist es verwunderlich, wie bei so viel Bewußtsein in diesem Land, sich so wenig ändert, nicht einmal der Kanzler. Nach dem Gesagten kann es für uns keine politische Forderung nach einem bestimmten Konsum geben da 1- auf der Grundlage des Kapitalismus jeder Konsum eine Verachtung und Vernichtung von menschlichem und nichtmenschlichem Leben darstellt 2- das System letztlich die Konsumentscheidung für den Wettbewerb fordert, durch sie nicht tangiert wird sondern sich durch sie hindurch auch noch modernisiert (indem sie die Sub-Konsumenten zum neuen Trend erhebt). Darüber hinaus wird durch diese künstlichen Mythen ein Pseudobewußtsein vermittelt, das die Stoßrichtung des politischen Kampfes ablenkt und damit politische Energie zu einem Bestandteil der Marketingstrategien von Großkonzernen und Trendsettern macht. 3- keiner politischen Forderung von uns damit gedient ist und keinem Opfer des Systems mit diesem Mittel grundsätzlich geholfen werden kann. Wir halten den kritischen Umgang mit Konsum und die individuelle Selbstbeschränkung für die Folge einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit linken Inhalten und so gesehen Konsum schon für ein politisches Thema, aber nur im Gesamtzusammenhang Konsum und Kapitalismus.

(B) Die enge Beziehung zwischen Konsum und Ernährung wird auch in den veganen Schriften deutlich, die daher nicht auf eine Politisierung von Konsumentscheidungen verzichten können. So schreibt TIGA in bester Verbraucherinitiativenmanier: "VerbraucherInnen können durch ihr Einkaufsverhalten ein Stück Welt verändern! Sie haben die Entscheidung, \* oder MUT - Menschenrecht und Tierrecht e.V. \* Jeder einzelne, der erkannt hat, daß es einfach so nicht weitergehen kann, daß Tiere nur als Rohstofflieferanten benutzt werden, daß die Menschen in der sog. 3. Welt für unsere Wohlstandsgesellschaft verhungern müssen, kann durch kritisches Konsumverhalten einen Beitrag zur Beendigung dieser Horrorszenerien, die sich tagtäglich abspielen, um unsere Gaumenfreuden zu stillen oder um sonstige Annehmlichkeiten beschaffen sollen, leisten." (Aus dem Flugblatt "Für die vegane Revolution!") Da auch hier wieder der Bezug gerade auf die Befreiung des Trikonts gelegt wird, wollen wir feststellen, daß sich unser Wissen nach noch keine Befreiungsbewegung von dort gegen Europas Ernährungs- oder Konsumpraxen gewandt hat, geschweige denn eine vegane Ernährung als Solidarität gefordert hat. Sie benannten vielmehr ganz deutlich Imperialismus, Eurozentrismus und Rassismus als ihr Angriffsziel und deren Überwindung als Motivation für den Kampf. Wir empfinden daher diese vegane Position ("Fleisch frißt Menschen") als Entpolitisierung dieser Bewegungen. Ihr Kampf und ihre Analyse werden so ad absurdum geführt und die Befreiungskämpfe damit nach Europa auf den Supermarkttresen verlagert.

"Es gibt keine moralische Rechtfertigung dafür, in diesem System wahllos Tierprodukte zu konsumieren - genauso wenig, wie wahllos Nicht-Tierprodukte zu konsumieren. Es gibt keine moralische Rechtfertigung dafür, in diesem System einer Erwerbsarbeit nachzugehen - genauso wenig wie dafür, andere für sich arbeiten zu lassen. Viel Spaß bei der Konsequenz! Und wofür das alles? Es kostet Kraft und hat kaum Relevanz. Ihr werdet eure Unterdrückten- und NutznießerInnenposition nicht los, geschweige denn schafft Unterdrückung ab." (Ruhgebietinfo Jan/Feb 94)

**HINWEIS: Dies ist ein Diskussionspapier für die Veranstaltung 'Revolution ohne Veganismus?', die am Sonntag den 14. Mai im Tierrechtscafé (Café Clash; Uferstr. 13; U-Bhf. Nauen Platz) um 16 Uhr stattfinden wird.**

Gruppe im Rausch der Tiefe Kontaktadresse: c/o Potse; Potsdamer Str. 180; 10783 Berlin

<sup>18</sup>In diesem Zusammenhang möchten wir nur einmal die Frage aufwerfen, wie viele der früher z.B. gegen AKW's kämpfenden Menschen heute zu VerbraucherInnen rennen, um über Konsumentscheidungen ihr politisches Gewissen zu beruhigen.



Aus der Reihe ,*"unendliche Geschichte des alltäglichen Rassismus in Deutschland"*

**Prozeß am 17.5.1995 Raum 306** Landgericht Tiergarten, Turmstr 91 - **8 Uhr30**

Hier soll im folgenden auf eine Geschichte aufmerksam gemacht werden, um ein Schlaglicht auf Vorgehensweisen innerhalb der Berliner Polizei und Justiz zu werfen.

Der skandalöse Prozeß gegen eine junge schwarze Deutsche, ist ein gutes Beispiel für institutionellen Rassismus!

Wir hoffen, mit vielen darüber übereinzustimmen, daß es immer wieder aufs Neue wichtig ist, so einen Fall an die Öffentlichkeit zu bringen. Solange Rassismus in dieser Gesellschaft passiert, muß doch immer wieder der Finger auf die Wunde gelegt werden!

Aus diesem Grund, hier nochmals im Detail die Vorfälle, um die es bei diesem Prozeß ging (beide Verhandlungen wurden zu einer zusammengelegt). Die Aktualität ist dadurch gegeben, daß die Berufungsverhandlung zum 17.Mai dieses Jahres in Berlin anberaumt wurde.

Am 16.6.1993, in Berlin - Prenzlauer Berg, räumte die Polizei, bei einem symbolischen Begräbnis eines Bürgerbegehrens gegen den Aufbau einer Olympiasporthalle, den Platz. Am Rande des Platzes stand eine dagegen protestierende Gruppe. Ein Polizeibeamter ging zu dieser und forderte dort gezielt von einer zierlichen schwarzen deutschen Frau deren Ausweis. Die sagte: "Wenn ich von Ihnen die Dienstnummer bekomme, können Sie gerne meinen Ausweis sehen".

Der Beamte ordnete Ihre Festnahme an.

Die 1,60 m kleine, 40 kilo leichte Frau, wurde von mehreren, durchweg gut durchtrainierten, kräftigen mindesten doppeltso schweren, mehr als einen Kopf größeren männlichen Beamten umringt, und - von zwei von ihnen, an den Armen festgehalten - zu einem Polizeifahrzeug verbracht.

Sie wehrte sich nicht! Im Innern des Fahrzeugs wurde sie durch Brüllen angewiesen, sich auf den Boden zu setzen. Sie setzte sich auf den Boden und verlangte nochmals die Dienstnummer. Darauf schlug ein Beamter der Brillenträgerin dreimal mit der Faust auf ihr linkes Auge. Nun war die Brille vorerst unbrauchbar.

Während der Schläge wurden rasch die Fenster des Fahrzeuges mit Jacken und Vorhängen zugehängt. Als die Frau sich in die Richtung der Schläge verteidigend trat, hörte der Beamte mit den Fausthieben auf. Er wurde von seinen Kollegen aus dem Einsatzwagen geschickt. Ein Arzt vom eingesetzten Rettungswagen wurde ihr verweigert. Stattdessen wurde sie von den Beamten fotografiert. Danach durfte sie gehen. Sie ließ sich unverzüglich im Krankenhaus behandeln. Dort wurde eine Platzwunde über dem Auge mit sechs Stichen genäht und Prellungen festgestellt.

Sie ließ nun ihre Verletzungen attestieren. Nach ihren Angaben, sind Ihre Verletzungen auch auf den Polizeifotos gut erkennbar. Diese seien jedoch aus der Ermittlungsakte verschwunden.

**Der zweite Vorfall** passierte am 27.6.1994 in Berlin Friedrichshain.

Auf dem Weg in ihre etwa 200m entfernte Wohnung - zufällig am Rande einer Demonstration, mit der sie aber nix zu tun hatte - wurde die Frau zusammen mit ihren BegleiterInnen von zivilen PolizeibeamtInnen kontrolliert.

**Die schwarze Deutsche wurde gefragt, woher sie denn komme, und man solle sie am besten dahin abschieben, woher sie gekommen sei. - Das wäre in diesem Fall Nordrhein-Westfalen!!!**

Die Forderung nach Aushändigung der Dienstnummer wurde auch hier ignoriert. Sie diskutierte mit dem Beamten, der sie weiter beleidigte und erhob den Arm in scheinbarer Drohgebärde. Daraufhin wurde sie von zwei Beamten ergriffen und gefesselt. Der erste Beamte hatte zu ihr gesagt: " Wenn wir alleine sind, dann gibt's was." Sie wiederholte für die Umstehenden laut hörbar die Worte dieses Beamten.

Dieser nun warf sie brutal gegen eine Hauswand, hielt sie zunächst dort fest und verbrachte sie schließlich unter weiteren Drohungen in ein Polizeifahrzeug. Auf Grund der Intervention eines Vorgesetzten wurde sie nach etwa einer Viertelstunde freigelassen.

Die Frau erstattete Anzeige und reichte eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Die Ermittlungen wurden aus Mangel an Beweisen eingestellt. - Trotz der Zeugenaussagen von einem ihrer Begleiter. Es folgte eine Anzeige des Polizeibeamten wegen Widerstand und Beleidigung bei der Verhaftung.





Bei der Gerichtsverhandlung, mit insgesamt 5 Prozeßtagen (5.1. bis 16.2.1994) widersprachen sich die Polizeibeamten in ihren Aussagen. Unter anderem warf ihr der sie schlagende Beamte vor, ihn zweimal in die Genitalien getreten und damit "höllische Schmerzen" verursacht zu haben. Ein anderer Polizeizeuge - der am Einsatztag die Verletzungen der Polizisten protokolliert hatte - sagte jedoch aus, daß er lediglich ein Hämatom am Oberschenkel festgestellt hätte.

Die zierlich, eher zerbrechlich wirkende, 40 kilo leichte Angeklagte, wurde wegen "Körperverletzung" in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung zu 50 Tagessätzen je 10 DM verurteilt. Dagegen legte sie Berufung ein.

Im zweiten Verfahren plädierten sogar zwei Staatsanwälte auf Freispruch aus Mangel an Beweisen. Die Frau wurde wegen "Widerstands und Beleidigung" zu 30 Tagessätzen je 10 DM verurteilt. Auch hier hat sie Berufung eingelegt. Ab 90 Tagessätzen wäre für sie eine Eintragung ins Vorstrafenregister erfolgt!

Der Verlauf der Verhandlung zeigt wohl offenkundig die Manipulation zuungunsten der schwarzen deutschen Angeklagten und macht deutlich, daß es für solche Deutsche anscheinend kein Recht, keine Gerechtigkeit in diesem Staate gibt!

Im ersten Verfahren zeigten die abgesprochenen Aussagen der Polizeizeugen ziemlich deutlich deren rassistisches Denken auf. Z.B. wurden die Beamten auf Nachfragen der Verteidigung und des Richters ob das üblich sei, bei Festnahmen die Fenster zuzuhängen in ihren Aussagen augenscheinlich unsicher und widersprüchlich und zögerlich. Da meinten diese denn z.B. "Ist mir nicht aufgefallen." .. "Manchmal passiert sowas schon mal, daß die Fenster zugehängt werden." .. "Jedenfalls gibt es dafür keine konkreten Gründe." Auch fiel denn mal wieder das Gedächtnis der Beamten aus, es war ein: "Ich kann mich nicht mehr daran erinnern" zu vernehmen. Die Angeklagte jedoch kann sich sehr genau daran erinnern, wie sich sämtliche Polizeibeamte innerhalb des Fahrzeuges behende am Zuhängen der Fenster beteiligt haben und sich erstaunlich viel Mühe dabei machten, die Fenster dicht zu kriegen.

In der zweiten Geschichte war es für die Frau schon ziemlich erschreckend auf dem Heimweg 200m vor der Haustür auf diese Art belästigt zu werden.

**Aber nicht nur das. Sie wird mißhandelt, angepöbelt, belästigt, muß dafür auch noch Strafe zahlen, kommt dabei auch knapp an der Eintragung ins Vorstrafenregister vorbei und bangt jetzt schon um die einschränkenden Folgen für ihren beruflichen Werdegang.**

**"Ich hab' das Gefühl, sie haben mich auf dem Kieker. Sie wollen mir nicht erlauben, auch noch politisch in Erscheinung zu treten - das Maul aufzumachen.**

**"Wegen meines Aussehens bin ich für sie Mensch zweiter Klasse."**

"Daß ich mir schon oft Beleidigungen, wie "Nigger halt's Maul" von Polizisten gefallen lassen musste, ist schlimm genug, jedoch nimmt der Rassismus Ausmaße an, die vielleicht sogar mein Leben gefährden können. Was kommt als nächstes?"

Die junge, schwarze Deutsche hat heute Angst, zu öffentlichen Veranstaltungen, wie Demonstrationen oder Kundgebungen zu geh'n. Sie befürchtet, jederzeit von der Polizei wieder gesondert herausgepickt und zusammengeschlagen bzw. mißhandelt zu werden. Sie kann ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nicht mehr uneingeschränkt wahrnehmen und überlegt, dieses Land zu verlassen.

**Wenn das passiert, hätte die Vorgehensweise von Polizei und Justiz Erfolg! - Wieder einmal!**

**Dies darf nicht geschehen!**

**Schafft Öffentlichkeit!**

**Freispruch!!! Was sonst!!!**

**Kommt zum Prozeß am 17.5.1995**

**am Landgericht Tiergarten Turmstr 91, U-Bhf. Turmstr.,  
um 8 Uhr 30, Raum 306**

**Kontaktadresse für Nachfragen:**

**M99 - Kopierladen, im Exil**

**Manteuffelstr 96**

**-10997 Berlin**

**Tel. 030-6127491, Fax 6115021**

**Stichwort:**

**Flora & Fauna gegen  
Rassismus e.V.**



**ANTIFA-SOLI-KONZERT**  
EDELWEISS-PIRATEN  
MIT:  
**Alter Kutter**  
PUNK ART AN  
**KÜCHENSPIONE**  
100% PUNKROCK AUS WEIMAR  
**GRUPPE UNBEKANNT**  
WIRD ERST AM ABEND BEKANNTGEGEBEN.  
FREITAG  
12. Mai '95  
EINLASS: 21 UHR  
KOPENICKER STR. 137  
U-BHF.: HEINRICH-HEINE-STRASSE  
S-BHF.: HAUPTBAHNHOF  
**5 MARKER**





## Diskussionsveranstaltung

### Rassistische Polizeigewalt und antirassistische Strategien

mit VertreterInnen von Police Watch/Los Angeles, Newham Monitoring Project/ London, aus Paris bzw. Marseille (angefragt) und der Antirassistischen Initiative/ Berlin.

Montag, 15.05.95, 19.00

Statthaus Böcklerpark

Prinzenstraße 1, Berlin 61 (U-Bahn Prinzenstraße)

Antirassistische Initiative e.V. Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 785 72 81  
Mit Unterstützung von Netzwerk ASIA EIT ASIA TIT

Das Thema "Polizei und Rassismus" ist in der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre vernachlässigt worden. Erst durch die gehäuften Skandalmeldungen der letzten Monate ist das erschreckende Ausmaß polizeilicher Mißhandlungen und Übergriffe gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gedrungen.

⇒ Ende letzten Jahres wurde in Berlin gegen ganze Polizeizüge mit dem Vorwurf, VietnamesInnen mißhandelt zu haben, ermittelt.

⇒ Ein Angehöriger des Ordnungsamtes Biesenthal wurde wegen sexuellem Mißbrauch und Körperverletzung bereits verurteilt.

⇒ Gegen 6-7 Polizisten aus Bernau ist wegen Mißhandlung von VietnamesInnen Anklage erhoben worden.

⇒ In Hamburg wurde Anfang des Jahres die rassistische Alltagspraxis der Wache 11 offenbar, derzufolge Polizeibeamte regelmäßig Jagd auf Schwarze machen, sogenannte "Scheinhinrichtungen" durchführten und Afrikaner in Polizeigewahrsam schwer mißhandelten.

⇒ In Bremen wurden seit 1992 unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung afrikanische Menschen systematisch mit Zwangsmaßnahmen und dem Einsatz von gefährlichen Brechmitteln schickaniert.

⇒ VertreterInnen von ImmigrantInnenorganisationen sprechen davon, daß die meisten ImmigrantInnen in der ein oder anderen Form schon einmal dem behördlich-polizeilichen Rassismus ausgeliefert waren.

#### Keine Konsequenzen

Trotz der Berichterstattung und der stärkeren öffentlichen Wahrnehmung werden die Fälle polizeilichen Rassismus geleugnet, zu den Akten gelegt und gegen die "Opfer" gewendet.

⇒ Unisono wird seitens der Polizeiführung von einigen "schwarzen Schafen" und davon, daß die "Polizei nicht ausländerfeindlich" sei, gesprochen.

⇒ Die aufgrund öffentlichen Drucks in Berlin eingesetzte polizeiliche(!) Sonderkommission zur Untersuchung der Mißhandlungen durch die Polizei wurde Ende des Jahres 94 wieder aufgelöst.

⇒ Ebenso werden nach und nach sämtliche laufende Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten eingestellt, die "Schläger in Uniformen" schieben wieder Dienst. In Berlin wurden von 72 Verfahren gegen Polizisten wegen des Verdachts der Mißhandlung von Vietnamesen bereits 38 Verfahren eingestellt, 34 Verfahren stehen noch aus, in lediglich 2 Verfahren wurde Anklage erhoben.

⇒ Während die Deutungs- und Definitionsmacht bei der Gegen-Darstellung von rassistischen Übergriffen stets auf Seiten der Polizei ist ("notwendige Gewaltanwendung", einzelne Aussage gegen viele Polizeiaussagen, keine Zeugen etc.), werden die Opfer von Polizeigewalt mit Gegenanzeigen eingeschüchtert, als unglaublich dargestellt oder kriminalisiert ("Zigarettenhändler, Drogenmafia, Hütchenspieler" etc.).

#### Die Gewalt hat Struktur

Verweigerte Staatsbürgerschaft für ImmigrantInnen, vollständige Rechtlosigkeit bei Flüchtlingen sowie der Illegalisierungsdruck bei bestimmten ImmigrantInnengruppen nach der de facto Abschaffung des Asylrechts und der gezielte Aufbau von Feindbildern a la "Ausländerkriminalität" oder "Zigarettenmafia" begründen den scheinbar gewollten Nährboden für besonders brutale Gewaltexzesse und Rassismus innerhalb des Polizeiapparates.

Vor dem polizeilichen Rassismus steht die politisch und medial durchgedrückte Kriminalisierung und davor die Diffamierung und Ausgrenzung: "Massenhafter Asylmißbrauch", "Scheinasylanten", "Wirtschaftsschmarotzer", "afrikanischer Drogenhandel" und "polnische Automafia" sind die ideologischen Schlagwörter, die sich schließlich bei den Trägern des staatlichen Gewaltmonopols schlagend niederschlagen.

#### Reformen?

Auf diesem Hintergrund erscheinen Lösungsansätze, die vor allem auf Reformkräfte innerhalb des Polizeiapparates setzen, als vollkommen unzureichend. Forderungen nach einem Antirassismus-Training, höherem ImmigrantInnenanteil in der Polizei, Ausländer- und Polizeibeauftragten bei der Polizei etc. greifen zu kurz. Zumindest solange, wie nicht gleichzeitig die autoritäre und kameradschaftliche Struktur der Polizei und ihre exekutive Rolle bei der staatlichen Migrations- Flüchtlings- und Ausgrenzungspolitik angegriffen und verändert wird.

#### Veranstaltung

Mit der Veranstaltung wollen wir zum einen über die Situation und das Ausmaß rassistischer Polizeigewalt in Frankreich, Großbritannien, USA und der BRD informieren. Neben diesem Vergleich der Situation und Erfahrungen soll es vor allem um die Frage nach wirksamen Strategien gegen den polizeilichen Rassismus gehen. Die eingeladenen VertreterInnen vom Newham Monitoring Project (London), von Police Watch (Los Angeles) und aus Frankreich kommen aus Zusammenhängen, die sich schon länger und systematisch mit polizeilichem Rassismus gegen ImmigrantInnen beschäftigen. Gerade von ihren Erfahrungen mit sogenannten Reformprogrammen und aufgrund ihrer vielfältigen Widerstandsstrukturen gegen rassistische Polizeigewalt versprechen wir uns neue Einsichten und Erkenntnisse für die hiesige Debatte um Polizei und Rassismus.

V.i.S.d.P.: Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin



## Zerschlagt die faschistischen Strukturen!

### Bundesweite Demonstration am 20. Mai 1995 in Wurzen

Innerhalb des letzten halben Jahres wurden in Wurzen (bei Leipzig) und unmittelbarer Umgebung mindestens sechs größere organisierte Überfälle von Faschisten verübt. Nicht eingerechnet sind dabei die mittlerweile schon alltäglichen Pöbeleien und tätlichen Angriffe auf einzelne Linke und AusländerInnen, auch am hellen Tage (erst letzte Woche wieder versuchten fünf Nazis, eine Wohnung zu stürmen).

Was ist los in Wurzen?

Seit 1990/91 schon organisieren sich im gesamten Muldentalkreis (östlich von Leipzig) selbständige faschistische "Kameradschaften", die sich eine straffe Organisation geben, sich untereinander vernetzen, massenhaft schon unter den Jüngsten (10-12jährige Nazis in Montur sind keine Seltenheit mehr dort) ihren Nachwuchs rekrutieren und, vor allem in Wurzen, in "Jungstürmen" organisieren. In letzter Zeit findet dort ein neuer Aufnäher Verbreitung: "Gau Sachsen". Dieses rechte Netz hat über personelle Verbindungen ihrer "Kameradschaftsführer" in Wurzen, Gerichshain, Torgau, Grimma und Oschatz Kontakte zu hohen Kadern der verbotenen Nazi-Organisationen NF und FAP. Juristisch sicher beweisbar sind diese Verbindungen zwar natürlich nicht, aber allgemein bekannt. So wurde der jetzige Kameradschaftsführer von Wurzen, der 23jährige Marcus Müller, bereits im Oktober 1990, dann noch mal Anfang 1991 vom "Wuppertaler Antifa-Bericht" im Zusammenhang mit einem NF-Trainingslager in Wermelskirchen (bei Köln) geoutet. Dort hatte er Kontakt zu NF-Kadern. Diese Kontakte rissen vermutlich nie ab; es gibt ja Gründe genug für die Mächtigungen dieser Nazi-Organisationen, ihr Auge auf den Muldentalkreis zu werfen, wo sich die faschistische Rekrutierung und Organisation so reibungslos und erfolgreich vollzieht, und wo eine örtliche Antifa faktisch fehlt. Es gibt dort nur vereinzelt alternative Jugendliche und Antifas, deren Treffpunkt sehr gefährdet ist; in Wurzen besteht Lebensgefahr für jeden und jede, der/die der straßenbildprägenden rechten Norm nicht entspricht und sich an die übermächtige Nazihorde dort nicht anpasst.

Zuverlässigen Schätzungen zufolge ist ein Potential von ca. 300 gewaltbereiten Faschos, auch jüngerer (14-16jährige, die höchstens Jugendstrafen zu erwarten haben!), ständig verfügbar. Ebenfalls beteiligt an diesem faschistischen Aufmarsch sind verschiedene führende Leipziger Faschisten, unter anderem der frühere sächsische FAP-Chef Dirk Zimmermann. Regelmäßiger Treffpunkt dieser Leute ist die Discothek "Joy", die vor einigen Wochen von einer Leipziger Glatze gekauft worden ist.

**Diese Zusammenballung der Faschos ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr nicht nur für die Wurznern Alternativen, sondern für die gesamte Region zwischen Leipzig und Dresden!**

Eigene Recherchen haben ergeben, daß es einen "harten Kern" von ca. 25 Faschos gibt, die den braunen Terror planen und mit technischen Kommunikationsmitteln, Fahrzeugen, Wohnungen und Treffpunkten gut ausgestattet (fast alle haben Arbeit - das Klischee vom "sozialen Notschrei" vernachlässigter Jugendlicher greift hier also nicht, genauso wenig wie anderswo!), deren Durchführung organisieren. An den großen Überfällen (siehe auch nachfolgende kleine Chronologie) waren mindestens 50 Faschos beteiligt, die uns namentlich bekannt sind. Offen ausgesprochene Morddrohungen und ausgeführte Mordversuche werden meist von denselben Nazis getätigt, besonders tut sich hier der "harte Kern" der "Kameradschaft Gerichshain"

hervor, auch sonstige auswärtige Faschos, in letzter Zeit aus Torgau und Oschatz, tauchen immer häufiger in Wurzen auf.

Dieses "auswärtige Engagement" mag daher rühren, daß in Wurzen seit 3 Monaten offiziell ein "Waffenstillstand" herrscht, der im Zuge eines von der Stadtverwaltung einberufenen, faktisch von den Rechten erzwungenen "Runden Tisches der Jugend" ausgerufen wurde: Die Rechten wollen ein neues "Freizeitobjekt", da die ihnen bisher als Unterkunft dienende "Baracke BB" (ein Holzflachbau, den sie nach ihrem Überfall auf portugiesische Bauarbeiter geschenkt bekamen) für ihre örtlichen Großvorhaben nicht mehr ausreicht. Um dieses Ziel zu erreichen, präsentieren die Faschos sich seit einiger Zeit als Saubermänner und als "Opfer linker Gewalt" - daher ihr Angebot, einen Waffenstillstand zu schließen. Der aber bröckelt längst wieder und wird spätestens dann vorüber sein, wenn sie ihr neues Freizeitobjekt bezogen und zur Kommandozentrale ausgebaut haben werden. Also erledigen zur Zeit andere die "Arbeit", die die Wurznern Faschos wegen des Waffenstillstandes nicht in dem Maße erledigen können, wie sie es eigentlich wollen.

Dazu kommt, daß Stadtrat, -verwaltung und Bürgermeister Anton Pausch (ein offener Faschist, CDU) sehr viel tun für die rechte Szene: Das reicht von offenem Zuarbeiten über Deckung von Straftaten bis zum Nichtverhalten und Verharmlosen. Die örtliche Presse, ein Ableger der konservativen "Leipziger Volkszeitung" agiert sozusagen als Hofberichterstatte der rechtslastigen Stadtverwaltung und hofiert die Nazis und ihre Helfer.

Nachdem am 18. Oktober 1994 ein größerer Trupp Nazis in der Nähe ihrer Discothek "Joy" portugiesische Bauarbeiter mit Eisenstangen brutal zusammengeschlagen hatten, bekamen sie einen Treffpunkt geschenkt: die Baracke "BB" in unmittelbarer Nähe zum Gebäude der Stadtverwaltung. Dieses Objekt nutzen sie seitdem als Rekrutierungs- und Planungsbüro. Ohne eine einzige Eingabe an die Stadt machen zu müssen, wurde ihnen von der Stadt nunmehr ab November 1995 eine festungsartige Villa als "Freizeittreff" angeboten; währenddessen muß das einzige Objekt, das den Alternativen noch einen Raum bietet, die Villa "Kunterbunt" am Stadtrand, um seine Weiterexistenz bangen (an dem Tag, als im Stadtrat über den Kauf der "Villa Kunterbunt" durch die Stadt und damit eine finanzielle Absicherung dieser Räume, verhandelt werden sollte, kam Bürgermeister Anton Pausch plötzlich mit einem "Restitutionsanspruch", der auf dem Grundstück lastet...)

Damit nicht genug, bestehen auch beste Verbindungen zwischen Naziführern und örtlicher Polizei. So ist beispielsweise der schon erwähnte Kameradschaftsführer Wurzen, Marcus Müller, der Sohn eines Bullen und nutzt diese Connection natürlich, um sich und seine Kameraden vor Ermittlungen zu schützen. Bisher klappte das auch ganz gut.

Eine Anfrage der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag zu genau diesem Thema am 28. April diesen Jahres wurde erwartungsgemäß abgeschmettert. Der sächsische Innenminister (vor allem bekannt durch seine Empfehlung, den Abschiebestop für KurdInnen aufzuheben) ist mit Bürgermeister Pausch offensichtlich gut bekannt und stellte sich hinter seine braune Polizei im Muldentalkreis. Auf der parlamentarischen Ebene ist das Vorhaben, die Verbindungen zwischen Stadt, Polizei und Faschos aufzudecken und zu zerschlagen, nun gescheitert. Anton Pausch kann weiterhin den Faschos zuarbeiten, alternative Jugendkultur massiv blockieren und davon sprechen, "in Wurzen existiere kein Problem mit rechten Jugendlichen".

**Tatsächlich besteht in dieser 18000-Einwohner zählenden Kleinstadt ein fester, kaum entwirrbarer Filz aus Stadtverwaltung, Polizei und organisierten Faschisten!**

Vor diesem Hintergrund kann man nicht mehr von spontanen Übergriffen oder von einer lediglich vorübergehenden Erscheinung sprechen. Hier bereiten Faschisten den Sturm auf die ganze Region vor. Eines ihrer Ziele ist sicherlich, in Leipzig wieder fest Fuß zu fassen, der einzigen Stadt Ostdeutschlands, in der Linke und MigrantInnen noch *verhältnismäßig* sicher leben und sich einigermaßen frei bewegen können, nach ca. dreijähriger entschlossener und militanter Gegenwehr der Antifa hatten sie diese Stadt "verloren" (was nicht heißt, daß sie in einigen Vierteln nicht mehr agieren würden!)

**Kommt deshalb alle zur Demo am 20. Mai in Wurzen!**

**Treffpunkt: 14.00 Uhr am Bahnhof Wurzen; am besten ist, ihr reist ab Leipzig mit der S-Bahn (Abfahrt dort: 13.11 Uhr)**

Wurzen liegt zudem unweit von Leipzig, im Städtedreieck Leipzig-Dresden-Chemnitz



# Chronologie der Überfälle in Wurzen

1.) Überfall auf die Külzstraße: 1991 überfielen rechtsradikale Jugendliche eine Wohnung in der Külzstraße, in der sich mehrere Jugendliche befanden. Nachdem die Rechtsradikalen versuchten, in die Wohnung einzudringen, (die Polizei ließ auf sich warten...), kam es zu einer Straßenschlacht zwischen den Jugendlichen.

2.) Überfall auf das Asylantenheim: Im Sommer 1991 greift eine größere Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher - mit Pistolen, Baseballschlägern und Schlagringen bewaffnet, das Asylantenheim in Wurzen an. BewohnerInnen werden massiv zusammengeschlagen (u.a. muß eine Frau mit Schädelfraktur im Krankenhaus stationär behandelt werden), fast die gesamte Inneneinrichtung des Heimes wird demoliert. Durch ein Lichtsignal ihres auf der Straße postierten Wachpostens werden die Angreifer vor der herannahenden Polizei gewarnt - als die Polizei eintrifft, ist der Trupp schon längst im Dunkeln verschwunden. (Siehe auch Dok.-film "Wurzen - Gewalt sei fern der Dinge")

3.) Überfall auf das besetzte Haus Dresdnerstraße 30: In der Nacht vom 27. zum 28. August 1994 wird ein von Jugendlichen besetztes Haus in der Dresdnerstraße von etwa 40 rechtsradikalen Jugendlichen mit Steinen und Baseballschlägern angegriffen. Da bereits vorher Gerüchte über einen Angriff an diesem Wochenende in der Stadt kursieren, kommt es zu Sicherheitsabsprachen zwischen BesetzerInnen und Polizei

- verstärktes Streifenfahren
- Postierung eines Funkstreifenwagens gegenüber des besetzten Hauses, um im Falle eines Angriffes sofort einschreiten zu können. Im Gegenzug forderte die Polizei von den BesetzerInnen Provokationen und militante Gegenwehr im Falle eines Angriffes zu unterlassen.

Der besagte Streifenwagen verläßt etwa eine halbe Stunde vor dem Angriff seinen Posten, ein weiteres Sixpack wird zum Zeitpunkt des Überfalles wartend am Stadteingang ( Muldenbrücke) von einem Jugendlichen gesichtet und sofort um Hilfe gebeten. Die Polizisten unternehmen nichts, mit der Begründung:

- es gäbe keinen Einsatzbefehl (dagegen sprechen die Absprachen)
- die Lage des besetzten Hauses sei ihnen unbekannt (!) (dagegen sprechen Stadtpläne mit grün markiertem Polizeirevier und rot (!) markiertem besetzten Haus, die Stunden vorher auf dem Polizeirevier von Jugendlichen gesehen wurden, im Übrigen war das besetzte Haus nur wenige hundert Meter vom Standort diese Sixpacks - nämlich auf der (selben) Hauptstraße - entfernt...)



So kommt die Polizei natürlich erst nach dem Angriff in die Dresdnerstraße und führt dort dann Vernehmungen zum Tathergang durch. Einige Angreifer wurden von den BesetzerInnen erkannt und benannt, so z.B.: Ramminger, Stelzer, ... Da erstaunlich viele Kifas am Überfall beteiligt waren, wird vermutet, daß es eine Art Mutprobe des "Jungsturms" darstellen sollte. Es gab bisher aber lediglich nur Vernehmungen der mutmaßlichen und erkannten Täter. Im selben Zeitraum versucht auch die "Wikingjugend" Nachwuchs an den Schulen zu rekrutieren, Flugblätter tauchen in den Schulen auf.

4.) Überfall auf portugiesische Bauarbeiter: Zwei Monate später, im Oktober 1994, überfallen ca. 40-50 rechtsradikale Jugendliche portugiesische Bauarbeiter in ihren Wohncontainern. Diesmal kommt die Polizei nicht zu spät: Sechs Polizeibeamte, die während des Angriffs dort eintreffen, werden sofort von diesen Jugendlichen angegriffen - ein Polizist wird verletzt. Daraufhin wird Verstärkung aus Torgau angefordert, als die jedoch eintrifft, ist die Gruppe schon längst wieder verschwunden. 15 Jugendliche werden als Tatverdächtige zu Vernehmungen vorgeladen, Vorwurf: Landesfriedensbruch und schwere Körperverletzung. Einer von ihnen - Matzeit - mußte eine mehrmonatige Haftstrafe absitzen - wegen schwerer Körperverletzung (an einem Polizisten), andere kriegen Haftstrafen auf Bewährung. Der Vorfall wird auch von den überregionalen und internationalen Medien aufgenommen und verfolgt. Die portugiesischen Arbeiter verlassen Wurzen, die rechtsradikalen Jugendlichen erhalten nach diesem Vorfall die BB- Baracke.

5.) Überfall auf ein Auto in Bennewitz: Im November 1994 wird ein mit vier Jugendlichen besetztes Auto von zwei vollbesetzten Autos gejagt und eingekesselt. Ein Jugendlicher wird von etwa acht Glatzen mit Baseballschlägern bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen, er verbringt mit erheblichen Verletzungen die folgenden 6 Wochen im Krankenhaus. Zwei Polizeibeamte kommen zur Vernehmung zwar ins Krankenhaus, nehmen aber die Anzeige des Jugendlichen, der zumindest einen der Haupttäter - Vorwerg, Führer der Kameradschaft Gerichshain, erkannte, nicht entgegen. Erst, als sich Jugendliche beim Revierleiter Wurzen darüber beschweren, handelt die Polizei notgedrungen.

6.) Überfall auf die Berggasse 9: In der Nacht vom 21. zum 22. Januar 1995 greifen etwa 40 rechtsradikale Jugendliche ein von fünf Jugendlichen bewohntes (gemietetes) Haus in der Berggasse an. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich etwa zehn Leute im Haus, einige können über's Dach fliehen, die Zurückgebliebenen werden brutal zusammengeschlagen (darunter zwei 15-

jährige Mädchen, die mit Messern und Baseballschlägern traktiert werden). Vier Jugendliche müssen im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei, deren Revier etwa 300 Meter vom Haus entfernt ist, trifft nach dem Überfall am Haus ein und postiert sich etwa 100 Meter weiter zur Beobachtung, mehrere Sixpacks kontrollieren die Stadt. Die Polizei macht keine Anstalten, Zeugenvernehmungen durchzuführen, Beweismaterial zu sichern oder Anzeigen der Opfer aufzunehmen, stattdessen gehen die Geschädigten nach medizinischer Versorgung von sich aus zum Revier, um Anzeigen gegen mehrere erkannte Täter, z.B.: Henjes, zu erstatten.



## Bericht zum Polizeiüberfall auf das VietnamesInnenwohnheim in der Rhinstr.

Bericht über die Vorfälle am Donnerstag Abend (4.5.) in dem überwiegend von VietnamesInnen bewohnten Heim Rhinstr. 105

"Wenn sich die Polizei bei uns zuhause so verhalten würde, gäbe es einen Aufstand. Soviel Brutalität und Menschenverachtung würde sich niemand gefallen lassen. Am Donnerstag Abend hat die Polizei eindeutig eine Grenze überschritten."

Dies ist die einhellige Meinung der HeimbewohnerInnen in der Rhinstraße. Was ist passiert?

Gegen 18.30 Uhr kamen Bullen in Begleitung von Mitarbeitern des Gesundheitsamtes, um gegen die Obst- und GemüsehändlerInnen auf dem Innenhof vorzugehen. Bei derartigen Razzien werden die VerkäuferInnen meist vorübergehend festgenommen und ihre Ware beschlagnahmt. Diesmal wurden wahllos VietnamesInnen festgenommen, nicht nur VerkäuferInnen. Eine Frau wurde festgenommen, die gerade mit ihrem 5-jährigen Sohn einkaufte. Obwohl er weinte und versuchte, sie festzuhalten, wurde sie mitgenommen. Ein ehemaliger Vertragsarbeiter, der mit einer Aufenthaltsbefugnis hier lebt, wurde ebenfalls mitgenommen, obwohl er sich ausweisen konnte. Er kam gerade von der Arbeit. Die Wannen bzw. Fahrzeuge standen etwa 1 Stunde auf dem Hof. Während dieser Zeit gingen Bullen immer wieder in einzelne Zimmer, um auch dort nach Lebensmitteln zu suchen. Die Festgenommenen saßen die ganze Zeit über in 2 Wannen. Plötzlich wurde der Vertragsarbeiter ohnmächtig. Einige VietnamesInnen sagen, er sei aus der Wanne gefallen (er saß hinten und die Tür war offen), andere sind sich nicht sicher, ob er nur in der Wanne umgekippt ist. Jedenfalls lag er danach ca. 20 Minuten ohnmächtig direkt hinter der Wanne, bis die Feuerwehr kam. AugenzeugInnen sagen, er habe im Gesicht geblutet. Während dieser Zeit kümmerte sich niemand um ihn. Ab und zu traten einzelne Bullen an ihn heran und schauten ihn von weitem an, niemand leistete jedoch ersichtlich Hilfe. Aus diesem Grund nahmen mehr und mehr VietnamesInnen an, er sei bereits tot. Als dann die Bullen anfangen, die umstehenden Leute wegzudrängen, und zwar nach Aussage von vielen auf eine Art, die ohne jegliches Gespür war für die Situation, begann das Ganze zu eskalieren. Nachdem die ersten weggestoßen wurden, flogen zunächst weiche Gegenstände aus einigen Fenstern. Daraufhin gingen die Bullen mit Knüppeln auf die Leute los. Erst dann flogen Flaschen und andere Gegenstände (keine Mikrowellen) aus den Fenstern, einige zertrümmerten Gehwegplatten auf dem Hof. Innerhalb kürzester Zeit kam Verstärkung. Die Bullen nebelten den Innenhof mit Tränengas ein, auch in Zimmer wurde Tränengas geschossen. Ein 3-jähriges Mädchen wurde von einem Geschoß ins Gesicht getroffen und mußte ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Von der Polizei wurde später behauptet, sie sei von einem Stein getroffen worden. Im Innenhof brach bei vielen Panik aus. Die Bullen knüppelten wahllos auf herumrennende Leute ein. Viele Frauen berichteten, daß sehr viele Frauen geschlagen wurden. Darunter eine Frau, die ihr Baby auf dem Arm hielt. Ein Kind wurde von dem Gas ohnmächtig. Ein Jugendlicher wurde von einem Bullen festgehalten, sein Kollege schlug ihm mehrmals in den Mund. Er verlor einen Zahn, mehrere Zähne wackeln. Voller Panik versuchten viele, mit ihrer Familie in Richtung Rhinstraße zu laufen. Einer dieser Vietnamesen wurde von gerade in einer Wanne ankommenden Bullen so mit Knüppeln geschlagen, daß er von einem Schlag (an die Schläfe) ohnmächtig wurde und neben der Wanne liegenblieb. Er liegt noch als einziger mit einem leichten Schädel-Hirntrauma im Krankenhaus. Ein anderer Vietnameser, der auch mit seiner Familie versuchte, sich in Sicherheit zu bringen, wurde vor Elpro niedergeknüppelt und festgenommen. Er und noch ein anderer Viet-





name, der auch in der Nähe festgenommen wurde, wurde dem Haftrichter vorgeführt. Gegen beide wurde Haftbefehl erlassen wegen Landesfriedensbruchs.

Insgesamt wurden 7 VietnamesInnen im Krankenhaus behandelt. Es gab jedoch wesentlich mehr Verletzte.

Nach Polizeiangaben wurden 6 VietnamesInnen festgenommen, gegen 10 seien Strafverfahren eingeleitet worden.

Noch kurz eine Information zu dem Vietnamesen, der Freitag früh am U-Bahnhof Samariterstraße von einem Polizisten niedergeschossen wurde: er befindet sich nach wie vor in akuter Lebensgefahr.

#### Spendenaufruf

Es wird dringend Geld benötigt:

- 1) für Anwalts/Prozeßkosten für die Festgenommenen
- 2) für den Vietnamesen, der von dem Polizisten niedergeschossen wurde bzw. dessen Familie

Spenden können überwiesen werden auf das Konto der "Antirassistischen Initiative"

Kto.-Nr. 303 96 06

BLZ 100 200 500

Bank für Sozialwirtschaft

unter dem Stichwort "Rechtshilfe VietnamesInnen" bzw. dem Vornamen des Verletzten "Dang".

#### KURZMELDUNG

8. MAI - WIR FEIERN DIE NIEDERLAGE DES DEUTSCHEN FASCHISMUS

WIR HABEN IN DER WOCHE VOM 2.-8. MAI AN MEHREREN TAGEN DAS PROGRAMM VON RADIO 100,6 GESTÖRT UND MIT EIGENEN BEITRÄGEN ZUM THEMENKOMPLEX 8. MAI BEREICHERT. WIR VERZICHTEN HIER DARAUF, BREIT ZU ERKLÄREN, WARUM WIR GERADE 100,6 AUSGEWÄHLT HABEN UND ZUM INHALT UNSERER BEITRÄGE SCHIEBEN WIR BEI BEDARF NOCH WAS NACH (ZEITNOT).

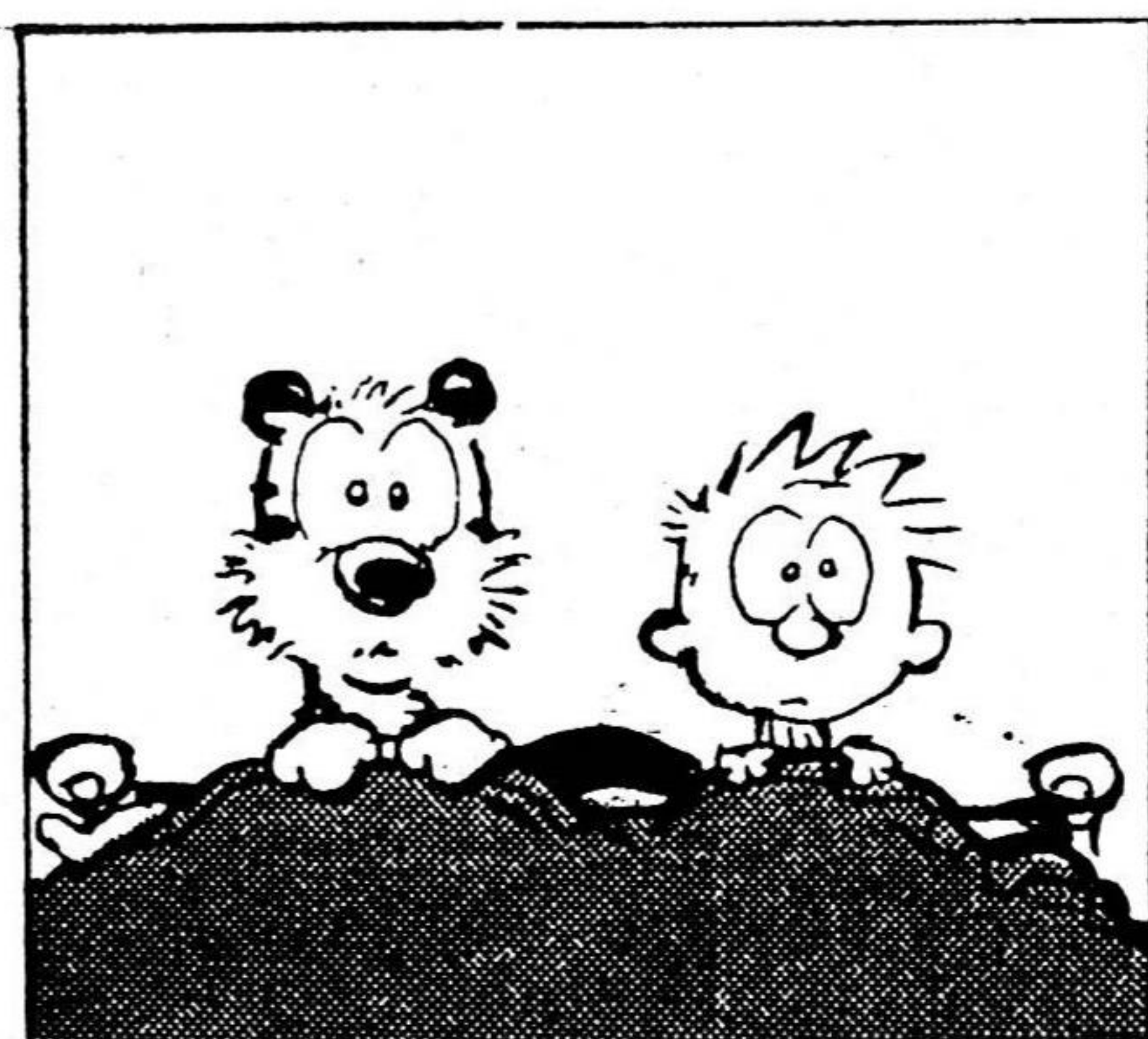
NUR SOVIEL: TROTZ DIVERSE ANFANGSSCHWIERIGKEITEN MACHT EIN PIRATENSENDER VIEL SPAß

IHR HÖRT VON UNS (SO ODER SO)

BEFREITES RADIO 100,6

#### Strafanzeige gegen „Reistrommel“-Mitglied

Die Polizei hat gestern Strafanzeige gegen ein Mitglied des vietnamesischen Hilfsvereins „Reistrommel“ wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch erstattet. Der Mann wird beschuldigt, Donnerstagabend bei der Polizeikontrolle eines Wohnheims in Lichtenberg Vietnamesen zu strafbaren Handlungen aufgefordert zu haben. Bei der Polizeiaktion kam es zu Krawallen, nachdem ein Vietnameser, laut Polizeiangaben ohne ersichtlichen Grund, zusammenbrach. taz





# Stoppt ihre Abschiebungsmaschinerie!

## Demonstrationsaufruf

### zur Bundesinnenminister-Konferenz in Berlin

Als das Asylrecht in die bundesrepublikanische Verfassung aufgenommen wurde, war die Erinnerung daran, daß viele den deutschen Faschismus nur überlebten, weil sie rechtzeitig Aufnahme in einem anderen Land gefunden hatten, noch gegenwärtig. Als sie das Asylrecht im Sommer 1993 de facto abschafften, galt diese Erinnerung den Politikern nichts mehr. Über Jahre hinweg hatten staatliche Ausgrenzungspolitik und rassistische Gewalt bei der Abschaffung des Asylrechts ineinandergegriffen. Wenn nun knapp zwei Jahre später dieselben PolitikerInnen anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus von Gedenken, Frieden und Versöhnung sprechen, klingen ihre Worte nach Heuchelei. Es ist ein Gedenken, das sich nicht scheut, Roma nach Rumänien zu deportieren, wo sie auch heute noch Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind. Es ist ein Bekenntnis zum Frieden, das nicht zögert, nach Ex-Jugoslawien abzuschieben: Deserteure, die sich durch ihre Entscheidung aktiv dem Kriegsgeschehen widersetzt haben, vergewaltigte Frauen, alte Menschen, schwerkranke und mißhandelte Kinder. Allein in Berlin sind gegenwärtig Tausende von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien von der Abschiebung bedroht.

Die neue deutsche Ost-Grenze und andere EU-Außengrenzen sind in den letzten Jahren militärisch gesichert und fortwährend aufgerüstet worden. Menschen, die oft monatelange Fluchtwege zurückgelegt haben, müssen beim Grenzübertritt an immer gefährlicheren Stellen ihr Leben riskieren.

Einer abgeschotteten Grenze auf der einen Seite steht eine zunehmende Kriminalisierung und Illegalisierung hier lebender EinwanderInnen und Flüchtlinge auf der anderen Seite gegenüber. So wird z.B. mit gezielten Kampagnen in der Öffentlichkeit das Bild des Zigarettenschmugglers gezeichnet. Brutale Polizeirazzien erfüllen in diesem Zusammenhang seit Jahren die Doppelfunktion von Kriminalisierung aller VietnamesInnen und ihrer Einschüchterung zwecks "freiwilliger" Rückkehr. Ihre in der DDR verbrachten Jahre wurden den ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen aus Vietnam, Angola und Mozambik rechtswidrig nicht auf ihren Aufenthaltsstatus in der BRD angerechnet. Die Öffentlichkeit hat längst vergessen, daß ihre einstigen KollegInnen oft die ersten waren, die entlassen und völlig mittellos z.T. in andere Erwerbsquellen gedrängt wurden.

Seit Jahren ist die Bundesrepublik einer der größten Waffenexporteure der Welt. Durch die Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei beteiligt sie sich an dem Krieg, den die Regierung in Ankara gegen die Bevölkerung in Nord-Kurdistan führt, und in dem bis heute über 1500 Dörfer niedergebrannt wurden, zahllose Zivilisten ihr Leben ließen. Die Bundesregierung leugnet oder verharmlost diese Beteiligung. Mit demselben Zynismus und politischen Kalkül erklärt sie die Beteiligung an einer Autobahnblockade zur schweren Straftat, d.h. zum Abschiebegrund, und setzt dabei auf das Muster der verallgemeinernden Kriminalisierung einer ganzen Gruppe von Flüchtlingen und EinwanderInnen.

Drohende Verschärfungen und Ausweitungen des Asylbewerber-Leistungsgesetzes, überfüllte Abschiebegefängnisse, die Heranziehung von sogenanntem Sicherheitspersonal aus dem Herkunftsland des Flüchtlings bei der Abschiebung bis hin zur geplanten Chipkarte, die quasi jede Bewegung eines Flüchtlings erfassen soll, zeigen an, daß das rassistische Repertoire dieser Innenminister noch nicht erschöpft ist.

**Stellen wir uns dem entgegen.**

Machen wir aber auch deutlich, daß viele an einer Abschiebung beteiligt sind: der Verwaltungsbeamte, der die Ausreiseraufforderung verschickt, der Polizei- oder BGS-Beamte, der sie vollzieht, und der Arzt, der bei der Abschiebung das "Beruhigungsmittel" spritzt.

Machen wir deutlich, daß viele anders handeln könnten,

als den sich verzweifelt wehrenden Flüchtling mit Medikamenten ruhig zu stellen,

als als Fluggesellschaft an Abschiebungen zu verdienen,

als die Mitnahme eines Flüchtlings im Flugzeug widerspruchslos hinzunehmen

oder bei der Deutschen Bahn-AG den Eisenbahnwaggon an den regulären Zug nach Prag zur Weiterfahrt nach Rumänien und Ex-Jugoslawien anzukoppeln.

## Bleiberecht statt Abschiebung!

**Demonstration: Donnerstag, 18. Mai '95 um 18<sup>00</sup> Uhr Kleistpark**

es rufen auf: AG Asyl im Netzwerk Friedenskooperative, AK Asyl Hamburg, Antidiskriminierungsbüro Berlin-Brandenburg, Antifa-Cafe Osloer Str., Antifa-Kontaktstelle ASTA FU, Antirassismus Büro Bremen, Antirassistische Aktionsgruppe Berlin, Antirassistische Initiative e.V., Antirassistisches Kieztreff Kreuzberg, Antirassistisches Telefon Hamburg, ASTA TU Berlin, Autonome Antifa A+P, BAOBAB-Infoladen, Bürgerinitiative ausländischer MitbürgerInnen in Hörschönhausen e.V., Büro für notwendige Einmischung Hamburg, Deutscher Friedensrat e.V., Die Grünen/Bündnis 90: ImmigrantInnen- und Flüchtlingsbereich und Kreisverband Kreuzberg, Flüchtlingsräte: Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Friedensinitiative Wilmersdorf, Hendrik Kramer Haus, Hessischer Flüchtlingsrat, Hummel-Antifa HUB, inisiyatif-gegen Faschismus und Rassismus, Initiative Bleiberecht Hamburg, Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, Internationale Liga für Menschenrechte e.V., Internationales Flüchtlingsforum Hamburg, Jugendgruppe in SOS Rassismus, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, KOMCIWAN Jugendverband Kurdistan, Komitee für Gerechtigkeit, KOMKAR, LAK Antifa Jusos, Navca Kurd, OASE Pankow, Ökumenisches Friedensforum europäischer Katholiken, Pathhai, Beratungs- und Kommunikationszentrum für TamilInnen, Pro Asyl, Rote Karte Berlin, Sächsischer Flüchtlingsrat, SOS Rassismus, Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V., Weltfriedensdienst, Werkstatt 3 e.V. Hamburg und YEK-KOM.



## **IHRE "INNERE SICHERHEIT" ERSCHÜTTERN!**

### **Demonstration zur Innenministerkonferenz : Aufruf zum Antifa- Block**

**Do. 18. Mai 95, 18 Uhr, U7 Kleistpark**

*AufruferInnen: Antifa Jugendfront (AJ/BZ), Autonome Antifa A+P, Autonome Antifa Lichtenberg, Fels-Antifa, Jugendantifa Fr'hain, Referat Antifaschismus ASTA FU, Rote Antifaschistische Initiative, S.P.U.K.*

Am 18. Mai beginnt in Berlin im Hotel Esplanade (B-Tiergarten) eine Tagung der sogenannten "Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder". Diese Treffen haben den Charakter von internen Arbeitskonferenzen. In ihnen wird koordiniert, was von je her Kernaufgabe der Innenminister ist: jeden möglichen "Feind im Inneren" zu bekämpfen und soziale Unruheherde im eigenen Herrschaftsbereich auszuschalten. Das Treffen in Berlin erhält seine aktuelle Brisanz durch die Frage der Abschiebung von KurdInnen, da diesmal das einheitliche Vorgehen der Zuständigen auf der Tagesordnung steht. Zudem wird anhand des linken Widerstandes gegen die Castor-Transporte die Frage diskutiert, wie weit DemonstrantInnen die Kosten der Polizeieinsätze gegen sie selber tragen müssen.

Die Aufgaben der Innenminister sind umfangreich, z.B. "Asylangelegenheiten", "Polizeiangelegenheiten", "Innere Sicherheit". Was sich wie eine Auflistung verwaltungstechnischer Details liest, ist für viele Menschen konkrete Bedrohung. Darum wird es hin zum Hotel Esplanade eine Bündnisdemonstration geben. An dieser wird sich ein antifaschistischer Block beteiligen.

#### **Linksradikale Politik verteidigen**

Die Antifa als Teil der kämpfenden, aktiven Linken steht dem Konzept der "Inneren Sicherheit" entgegen. Dies hat Folgen für die zahlreichen antifaschistischen Initiativen. Unter den verschiedensten Bedingungen aktiv, haben sie doch eine Erfahrung gemeinsam: Staatliche Repression. Der Staat als Institution ist dabei in seiner "erweiterten Form" zu fassen: als repressiver und als ideologischer Staatsapparat. "Repression", also die Unterdrückung politischen Widerstands, wird dementsprechend auf unterschiedlichen Stufen eingesetzt. Repression äußert sich als Rückgriff auf das Gewaltmonopol und in der Schaffung ideologischer Vormachtstellung ("nationaler Konsens")

Ob staatlichen Angriffe Erfolg haben, hängt ab von der Reaktion der Betroffenen und der Solidarität, die diese erfahren. Die beste Antirepressionsarbeit ist die Fortführung der kriminalisierten Politik und die Sichtbarmachung der Interessen, die hinter staatlicher Repression stehen

#### **Ihre Interessen durchkreuzen**

"Innere Sicherheit" umfaßt das gesamte innerstaatliche Leben mit dem Ziel von "Ruhe und Ordnung". Als ursprünglicher

Kernbereich wurde der "Schutz des Staates vor Unterminierung oder Vernichtung seiner Institutionen und Werte" festgesetzt. Also die Aufgaben, die durch die charakteristischen Herrschaftsinstrumente wie Justiz, Polizei, Berufsbeamtentum und Verwaltungsbükratie erledigt werden. In der Geschichte der BRD rückten dann Bedeutung und Effektivität der geistigen Manipulierung stärker in den Vordergrund. Der Kampfbegriff der "Inneren Sicherheit"(IS) soll nahelegen, daß es sich hierbei um die neutrale Durchsetzung von Minimalgarantien im Sozialverband handelt. Entscheidend ist aber die Frage: Sicherheit für wen? Selbstverständlich sind grundsätzlich Zustände anzustreben wie z.B. die hohe Wahrscheinlichkeit, nicht auf offener Straße erschlagen zu werden, verschleppt zu werden, morgen genug zu essen zu haben usw. Hier gemeint ist aber die Aufrechterhaltung eines Systems, das genau dies für die überwiegende Mehrheit der Menschen weltweit nicht vorsieht, z.B. indem international viele Opfer dieser Sozialordnung ("Flüchtlinge") aus der Festung Europa ferngehalten werden..

Über das Konzept der IS soll durch die Einbindung der Bevölkerung eine Schicksalsgemeinschaft konstruiert werden, ein Gesamtanliegen aller (Deutschen), das Vorrang vor den tatsächlich bestehenden Interessensgegensätzen hat. Die unmittelbare Abhängigkeit und Verknüpfung mit vergleichbar konstruierten Ideologien wie Rassismus und Nationalismus macht deutlich, daß das Thema vor allem im Zusammenhang mit dem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck zu betrachten ist. Ein großer Teil der Bevölkerung trägt dieses Konzept momentan mit.

#### **Ihre Lügen entlarven**

Für die Einstimmung der Bevölkerung auf die zunehmende Entrechtung, Überwachung und Kontrolle werden von den Politikern und Staatsschützern vielseitige Bedrohungsszenarien beschworen. Diese werden insbesondere durch systematische Veröffentlichung verfälschter Kriminalstatistiken ins öffentliche Bewußtsein gerückt.

Die oft zitierte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) z.B. ist nur ein Instrument für das Herbeizaubern der jeweils "objektiven Belege" in Form angeblich "steigender Kriminalitätsraten"(und noch nicht mal dies ließ sich letztes Jahr aufrechterhalten). Die Zahlen sagen nur das aus, was sie vorgegebenerweise aussagen sollen: die

PKS ist eine reine Tätigkeitsstatistik der Polizei, sie basiert alleine auf Tatverdächtigenzahlen und nicht etwa auf gerichtlichen Urteilen. Das heißt, es werden die Vorgänge nur so aufgenommen, wie sie von der Polizei erfasst werden und nur, wenn sie abschließend behandelt wurden. Schon eine Urteilsstatistik würde in manchen Bereichen die "Kriminalität" um fast 80% senken.

Ähnlich funktioniert die künstliche Konstruktion von "Ausländerkriminalität": Schon allein die Aufsplitterung zwischen "Deutschen und Nicht-Deutschen" zeigt die rassistische Zielsetzung. Würde nämlich nach sozialen Kriterien aufgesplittet, würde sehr schnell deutlich werden, daß ein Teil der sogenannten "Kriminalität" lediglich eine ebenso aufgezwungene wie notwendige Überlebensstrategie von immer mehr an den Rand gedrängten Menschen ist. Die statistischen "Kriminalitätsanteile der Nicht-Deutschen" werden dabei erst durch das gezielte Vorgehen der Polizei gegen "Fremde", wie z.B. den wahnhaften Kreuzzug gegen "vietnamesische Zigarettenverkäufer" in Berlin auf die gewünschte Höhe getrieben.

Zudem werden durch verschärfte Gesetze, wie z.B. das geänderte Asyl- und Ausländerrecht, die steigenden Tatverdächtigenzahlen künstlich konstruiert, also durch Gesetzesübertretungen wie "unerlaubter Aufenthalt" von AsylbewerberInnen außerhalb des vorgeschriebenen Ortes oder "unvollständige Angaben" in einem Aufenthaltsverfahren. Solche Übertretungen können von Menschen mit einem deutschen Paß überhaupt nicht begangen werden und machen 30 % aller "Taten" aus.

#### **Solidarität demonstrieren**

Die Manipulationen und Stimmungsmache im Detail sind aber nur ein Teil des politischen Feldzugs, der in den westlichen Metropolen in den letzten Jahrzehnten erfolgreich war. Nämlich die Festigung und Durchsetzung des bestehenden Systems als neutrale, technisch gelöste, geradezu "natürliche" Form des Zusammenlebens. "Innere Sicherheit" bedeutet für den Staatsapparat in diesem Zusammenhang, soziale und politische Konflikte in den Bereich des "Verbrechens" zu drängen, um sie so besser auslöschen zu können. Gegen dieses Herrschaftskonzept wollen wir grundlegenden Widerspruch demonstrieren und rufen deshalb auf zum antifaschistischen Block.



# Antifa - Tag im Baobab

Jeden Dienstag ab 17 Uhr

Alle 2 Wochen Veranstaltungen

3 Jahre

# Schwarzer Kanal eröffnung der sommer saison

Fr. 12. mai ab 20. uhr  
Wagenburg schillingbrücke



## Kontakt

AGIP - Antifaschistische Gruppe  
Im Prenzlauer Berg  
c/o Baobab Winsstr. 53  
10405 Berlin

Wehren wir uns gemeinsam!

Faschisten und Rassisten können nur gestoppt werden, wenn ihre Taten öffentlich gemacht werden und Konsequenzen haben. Menschen, die von faschistischen oder rassistischen Terror betroffen sind, brauchen Unterstützung bei ihrer Gegenwehr.

Meldet faschistische und rassistische Aktivitäten und Übergriffe:

Antifa Prenzlauer Berg: 442 61 74  
Antirassistisches Telefon: 785 72 81  
Berliner AktionsTelefon: 394 30 23

## TERMINE TERMINE TERMINE

Fr., 12.05. VARIETE am Schwarzen Kanal, ab 20.00 Uhr

Antisemitismus, die Situation der jüdischen Gemeinde in der Slowakei um 17.00 Uhr, in der Babylonia e.V., Cuvrystr. 20-23, 10997

"Zwischen Flucht und Arbeit"  
Beiträge zur Ost-West-Migration im Buchladen SCHWAZE Risse Gneisenastr.2a

## ANTIFA-SOLI-KONZERT

21.00 Uhr, in der Köpenicker Str. 137

Sa., 13.05. Volk Küche ab 20.00 Uhr am Schwarzen Kanal  
danach Kino mit  
AK Kraak (und evtl. Kuhle Wampe)

So., 14.05. Revolution ohne Veganismus? ab 16.00 Uhr  
im CLASH, Uferstr.13

Di. 16. 05. Video zum Kaendl-Prozeß  
um 20.00 Uhr, im Baobab, Wichertstr.53





## Es gab viel zu tun

Eine erlebnisreiche lange Woche haben wir hinter uns. Es begann schon letztes Wochenende mit der großen Walpurgisnacht-Demo, die über tausend Frauen gut gelaunt durch Straßen mit vielen widerlichen Männern führte. Gute Stimmung und politische Inhalte paßten zusammen. Die Männer durften sich derweil in der Kreuzziger Straße auf dem Straßenfest langweilen. Dort wurde eher abgehangen, der Frühling ist noch nicht bis in die Friedrichshainer Häuser vorgedrungen. Ein Fest, das nach außen wohl äußerst abschreckend wirkt, jedenfalls schienen sich die NachbarInnen nicht in die Nähe vorzuwagen, auch wenn sie durchaus erwünscht waren.

Am nächsten Morgen, dem 1. Mai, rieben sich Kreuzberger Altautonomie und Friedrichshainer Alt-90er verwundert die müden Augen. Zum Frühstück hörten sie im Radio die Nachrichten, das letzte Nacht Straßenkämpfe in Prenzlauer Berg rund um den Kollwitzplatz tobten. Und das offensichtlich ziemlich erfolgreich. Und niemand wußte etwas davon. Beim Informationsaustausch auf dem Straßenfest zum 1. Mai am Humannplatz im Norden Prenzlauer Bergs wurde deutlich: es ging allen genauso. Selbst die Menschen in einer ehemals sehr berühmten Kreuzberger Szene-Kneipe, im Ex, wußten nicht, daß es einige Kilometer weiter nördlich, im früher osteuropäischen Teil Berlins, sehr viel lustiger war. Eine repräsentative Umfrage unter kreuzberger Autonomen ergab eine 100-prozentige Abwesenheit und Ahnungslosigkeit von den Ereignissen, sogar in Friedrichshain, obwohl auch Osten, war der Unwissenheitsgrad bei 98 %. Nicht repräsentative Stimmen aus Prenzlauer Berg sagten dagegen, daß sie absichtlich nicht in anderen Bezirken bescheid gesagt hätten. (Sollen andere nur kommen, wenn böse Nazis vor der Tür stehen?)

Nach dem für alle sehr anstrengenden Straßenfest - es mußte mit so vielen Leuten geredet werden, die schon lange nicht mehr gesichtet wurden - kam langsam die Müdigkeit und für den Frühling war es auch noch ziemlich kalt. Treffpunkte und Uhrzeiten machten die Runde, aber vor der Dämmerung wurde lediglich noch ein Drogeriemarkt Schlecker zertrümmert. Bei Dunkelheit ging es pünktlich los, Barrikaden wurden gebaut und die peinlichen Deeskalationsversuche der Bullen (statt uniformierter Bullen nur Zivis auf dem Kollwitzplatz, ansonsten 100 Meter Abstand) wurden mit gezielten Steinen beantwortet. Die Stimmung blieb gut, doch leider gab es auch einige Festnahmen mit insgesamt 6 Haftbefehlen (hier noch einmal: keine und überhaupt keine Aussagen bei Bullen und Justiz!!).

Die Bilder am nächsten Tag im Fernsehen zeigten leider keine schönen Kampfbilder, niemand konnte sagen, "guck mal, da hinten, der jetzt wirft, der mit dem schwarzen Kapuzenpulli, das bin ich", für solch machomäßige Selbstdarstellung war es glücklicherweise zu dunkel. Äußerst unangenehm sind zahlreiche junge Männer aufgefallen, die sich selbst als autonom oder Antifa bezeichnen würden, mit ihren aggressiven Sprüchen in Richtung der Bullen wie "Bullenvotze" oder "Heute nacht ficken wir euch noch durch". Vermutlich sind diese in ihrer Männergruppe täglich am Biertrinken und noch nicht bei der patriarchalen Problematik angekommen. Eigentlich gehören solche Männer und Sprüche doch wohl auf die andere Seite der Barrikade?

Donnerstag abend Razzia in einem Wohnheim von VietnamesInnen wegen so schwerer Straftaten wie "illegaler Gemüseverkauf". Es wurden 10 Kilo Kohl und 20 Gurken beschlagnahmt und ein Vietnamese fast totgeschlagen (vermutlich der Chef der Gemüse-Mafia). Wir grüßen alle, die sich dort so tapfer gegen den alltäglichen Rassismus gewehrt haben, die Bullen mehrmals im Tränengas zurückschlagen konnten und dabei 20 Bullen verletzten (wir grüßen natürlich auch die, die einfach nur Angst haben!). Am nächsten Tag wird in Friedrichshain ein Zigarettenhändler auf der Flucht von einem Zivi fast erschossen, abends gibt es eine autonome Spontandemo dazu mit Glasbruch an 29 Geschäften und noch mehr beschädigten großen Autos, darunter ein fast angezündeter Streifenwagen. Die akpc (autonome Kommission für politically correctness) gibt daraufhin bekannt: "35 % der getroffenen Objekte werden für nicht zielwürdig erachtet. Dieser Prozentsatz sollte doch 10 % nicht überschreiten. In Anbetracht der Spontaneität und der Dunkelheit ist es durchaus schwierig, die einschlägigen Papiere noch einmal schnell zu lesen und autonome Ansprüche einzuhalten, deshalb kommt es nur zu einer vorsichtigen Ermahnung mit der Bitte um eigene Erarbeitung von Kriterien für die verschiedenen Arten von Sachbeschädigungen. Solidarische Grüße, die akpc".

Vom 6. bis zum 8. Mai nun endlich diverse 8.-Mai-Demos. Die Unterschiede waren im Ende nicht so groß, sogar dieselben Transparente jedes Mal. Am 6. hielten die VeranstalterInnen die DemonstrantInnen für zu nationalistisch, am 7. für zu linksradikal und aktionistisch (obwohl gerade hier PDS-Basismenschen gelernt haben, von wem die Gewalt in diesem Staat ausgeht), nur am 8. Mai waren alle einer Meinung. Oder vielleicht doch nicht? Immerhin wurden die schlechten Erwartungen doch positiv übertroffen, keine ganz kleinen Demos, am 8. Mai doch noch 1500 Menschen. Und in allen Medien kommen wir vor. Heckelmann zeigt sein Demokratieverständnis, indem er sagt, es sei ein Erfolg der Polizei, wenn die friedliche Demo aufgrund der Drohungen der Bullen schon früher beendet wurde. Und der Nachfolger vom Nationalheiligen Weizsäcker, der neue Herzog, erzählt beim Staatsakt von der furchtbarsten Niederlage, die man sich denken kann, die Deutschland damals erlitt. Wie war das mit den teilweise schon durchgeführten Plänen, die dieses Deutschland für Polen und die UdSSR für deren Niederlage hatte? Da war doch die Rede von Vernichtung durch Arbeit und sogar Nichtverwertbarkeit und deswegen Nichtversorgung mit Lebensmitteln oder gleich Vernichtung. Für diese Pläne war die Reaktion der Angegriffenen und späteren Sieger wohl absolut friedlich, allerdings nicht durchweg gut und richtig. Da war es nur sinnvoll, daß es einige linke und linksradikale Gegenöffentlichkeit gab.

sfjklxyjcfvg laj (das ist ein Pseudonym)

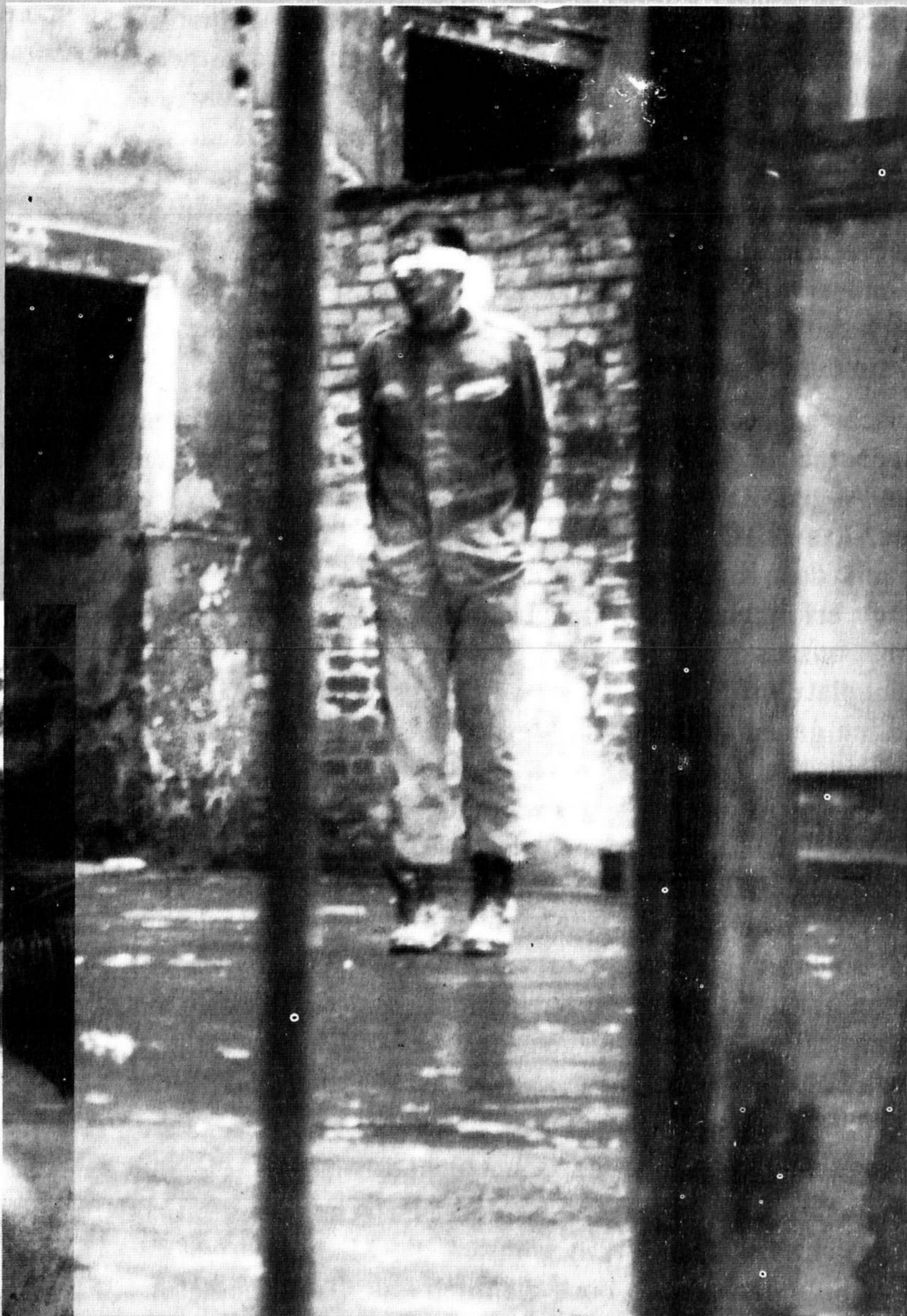
P.S. Grüße an die Antideutschen in der Kirche, die den schönsten und korrektesten Namen seit langem sich gegeben haben: autonome Aktionsgruppe zur Durchsetzung des Morgenthau-Plans.



# DEMONSTRATION

## zur Innenministerkonferenz in Berlin

**Bleiberecht  
statt  
Abschiebung**



gestellte Erschießung eines abgeschobenen Deserteurs  
in Ex-Jugoslawien (Film: Kampagne gegen Wehrpflicht,  
Zwangsdienste und Militär)

**Donnerstag  
18. Mai '95  
18<sup>00</sup> Uhr  
Kleistpark  
(U-Bahn 7)**

gefördert von Netzwerk *Selbsthilfe e.V.*; v.i.S.d.P.: B. Leiberecht, 10999 Berlin



Angehöriger türkischer Sondereinheiten im Einsatz gegen die  
Zivilbevölkerung. Hier bei einer Kundgebung in Diyarbakir,  
Kurdistan (Foto: Version, R. Maro)